Bericht über den Bearbeitungsstand der überwiesenen Volksaufträge, Volksmotionen, Aufträge, Motionen und Postulate am 31. Dezember 2005

Beilage 3 zum Geschäftsbericht 2005

Inhaltsverzeichnis

01. Behörden.....	3
02. Staatskanzlei	4
03. Bau- und Justizdepartement.....	5
04. Departement für Bildung und Kultur	13
05. Finanzdepartement	19
06. Departement des Innern	30
07. Volkswirtschaftsdepartement.....	34

01. Behörden

1.1. Aufträge

1.2. Volksaufträge

1.3. Volksmotionen

1.4. Motionen

15. Dezember 2004: *Abschaffung der Amtszeitbeschränkung in kantonsrätlichen Kommissionen (Büro des Kantonsrates)*

Dem Kantonsrat wird beantragt, die im geltenden Geschäftsreglement (§ 29 Absatz 2) enthaltene Amtszeitbeschränkung ersatzlos aufzuheben, wonach ein Mitglied während höchstens acht Jahren derselben Kommission ununterbrochen angehören darf.

Erledigt.

Bericht und Antrag des Büros wurden dem Kantonsrat in der Januar-Session 2005 unterbreitet; der Kantonsrat hat dem Antrag des Büros des Kantonsrats zugestimmt. Die entsprechende Änderung des Geschäftsreglements des Kantonsrats trat auf Beginn der Amtsperiode 2005-2009 in Kraft.

1.5. Postulate

02. Staatskanzlei

2.1. Volksmotionen

2.2. Volksaufträge

2.3. Parlamentarische Initiativen

2.4. Aufträge

27. September 2005: *Geschlechterspezifische Berichterstattung (Fraktion SP)*

Der Regierungsrat wird beauftragt dafür zu sorgen, dass in der Berichterstattung der kantonalen Verwaltung und der kantonalen Anstalten bei personenbezogenen Mengenangaben nicht mehr nur das Total, sondern wo genderspezifische Aussagen wichtig und Massnahmen möglich sind auch die jeweilige Anzahl pro Geschlecht angegeben wird (männlich/weiblich). Das betrifft unter anderem den Teil Personalcontrolling der Semester- und Jahresberichte, aber auch diverse Indikatoren bzw. statistische Werte in den bestehenden Globalbudgets und nicht zuletzt weitere statistische Angaben im bisherigen Rechenschaftsbericht (neu ab 2005: Geschäftsbericht).

Erledigt.

Die Departemente wurden angewiesen, den Auftrag bei der Berichterstattung (in den Geschäftsberichten, Semester-/Jahresberichten etc.) sowie bei den Indikatoren und Standards in den Globalbudgets zu erfüllen.

2.5. Motionen

2.6. Postulate

03. Bau- und Justizdepartement

3.1. Volksmotionen

3.2. Volksaufträge

28. September 2005: *«Für eine sichere und attraktive Zukunft der «aare-seeland-mobil» Bahn (Bipperlisi)» (Ulrich Kirchhofer, Solothurn)*

Beibehaltung der Bahn «Bipperlisi» auf dem Kantonsgebiet des Kantons Solothurn, ebenso auf der Rötibrücke trotz deren Umbau und auch nach dem Ablauf der Konzession von 2022.

Erledigt.

Der Kantonsrat von Solothurn hat beschlossen, die asm-Strecke Solothurn – Niederbipp «Bipperlisi» - auf dem Kantonsgebiet des Kantons Solothurn beizubehalten und das Bipperlisi - wie vorgesehen auch während der Bauzeit der Rötibrücke über die Hilfsbrücke zu führen.

Der Bahnbetrieb wurde für das Jahr 2006 weiter bestellt und das Bipperlisi verkehrt ohne Probleme über das Gleis auf der Hilfsbrücke.

3.3. Parlamentarische Initiativen

3.4. Aufträge

15. Dezember 2004: *Zusammenlegung der Strafanstalt Schöngrün und des Therapiezentrums «im Schache» (Markus Grütter, FdPIJL und Hans Leuenberger, FdPIJL)*

Die Investitionspriorisierung des Globalbudgets Hochbauamt ist so zu gestalten, dass die Zusammenlegung der Strafanstalt Schöngrün mit dem Therapiezentrum «im Schache» entsprechend dem Strategieentscheid des Regierungsrats vom 25. Februar 2002 vollzogen werden kann. Die Planungsarbeiten sind dadurch im Jahre 2005/2006 auszuführen. Dem Objektkredit für diese Planung ist demzufolge die entsprechende Priorität einzuräumen.

Unerledigt.

Bereits mit RRB Nr. 2004/2307 vom 16. November 2004 hat der Regierungsrat eine Planungskommission eingesetzt, um die Grundlagen für den Wettbewerb zur Umsetzung der Zusammenlegung der Strafanstalt Schöngrün mit dem Therapiezentrum «im Schache» zu erarbeiten. Mit RRB Nr. 2005/65 vom 11. Januar 2005 sowie mit RRB Nr. 2006/129 vom 17. Januar 2006 hat der Regierungsrat, im Rahmen der 3. und 4. Investitionspriorisierung Hochbau, das Vorhaben «im

Schache» der Priorität A (notwendig und dringlich) zugeordnet. Mit RRB Nr. 2006/261 vom 31. Januar 2006 hat der Regierungsrat schliesslich das Programm des Wettbewerbsverfahrens für die neue «Justizvollzugsanstalt Kanton Solothurn» genehmigt: Die erste Stufe, ein offener Planungswettbewerb, soll bis Ende 2006 abgeschlossen sein; die zweite Stufe, ein Studienauftrag, bis Mitte 2007. Danach ist eine entsprechende Baubotschaft an den Kantonsrat vorgesehen.

11. Mai 2005: *Massnahmen gegen die geplanten Südanflüge auf den Euroairport Basel-Mühlhausen (Fraktion SP)*

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn wird eingeladen, frühzeitig und gemeinsam mit den betroffenen Regionen und in Abstimmung mit weiteren betroffenen Kantonen Massnahmen zu prüfen, um bei den zuständigen Bundesstellen die geplanten Südanflüge, auf den Euroairport Basel-Mühlhausen, zu verhindern.

Erledigt.

Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 2005/1818 vom 30. August 2005 eine ausführliche Vernehmlassung zur geplanten Einführung eines Instrumentenlandesystems auf Piste 34 des Flughafens Basel-Mulhouse beschlossen. Er stützte sich dabei auf die Stellungnahmen der betroffenen Regionen und Organisationen und koordinierte seine Vernehmlassung mit den betroffenen Kantonen. Die Antwortschrift der französischen Behörden bedingt Nachverhandlungen, welche die Kantone beim zuständigen Bundesamt für Zivilluftfahrt verlangten. Der Regierungsrat legt Wert auf eine aktuelle und laufende Information der betroffenen Bevölkerung insbesondere im Thal, Schwarzbubenland und am Jurasüdfuss.

29. Juni 2005: *Schulwegsicherung (Fraktion SP)*

Der Kanton Solothurn fördert sichere Schulwege durch folgende Massnahmen:

1. Fortlaufende Überprüfung der Schulwege im Bereich der Kantonsstrassen auf ihre Sicherheit (Querungen / Fussgängerstreifen, Trottoirs).
2. Bei der Erstellung des Mehrjahresprogrammes sind im Bereich der Kantonsstrassen die Schulwegsicherungen speziell auszuweisen.

Erledigt.

Zu 1.) Die Überprüfung der Schulwege im Bereich der Kantonsstrassen auf ihre Sicherheit wird im Rahmen der einzelnen Strassenbauteilprogramme in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden laufend vorgenommen. Die entsprechenden baulichen Massnahmen werden durch das Amt für Verkehr und Tiefbau (AVT) umgesetzt. Reine Markierungs- und Signalisationsmassnahmen werden in Absprache mit dem AVT durch die Abteilung Verkehrsmassnahmen des Amtes für öffentliche Sicherheit vollzogen.

Zu 2.) Mit Beschluss vom 13. Dezember 2005 (SGB 146/2005) hat der Kantonsrat das Globalbudget «Strassenbau» 2006 - 2008 (Investitionsrechnung) genehmigt. Darin enthalten ist in der Produktgruppe Kantonsstrassen das Ziel 2.1.6 «Anteil bearbeitete Projekte mit Schulwegsicherungsmassnahmen bezogen auf das Teilprogramm Trasse und flankierende Massnahmen zur A5» > 50 %. Im dazu orientierend beiliegenden Mehrjahresprogramm wurden die Projekte mit Schulwegsicherungselementen speziell gekennzeichnet. Die Anzahl dieser Projekte beträgt ca. 63 % aller geplanter Vorhaben 2006 - 2008. Als weiteres Beispiel kann das mit Beschluss Nr. 2006/130 vom 17. Januar 2006 durch den Regierungsrat genehmigte Teilprogramm 2006 aufgeführt werden, in welchem bei 60 % der bearbeiteten Vorhaben Schulwegsicherungselemente enthalten sind.

23. August 2005: *A5, Autobahnanschluss Grenchen: Gewährleistung der Verkehrssicherheit (Überparteilich)*

Der Regierungsrat wird eingeladen, bis Ende 2005 die Planungsarbeiten für eine nachhaltige Steigerung der Verkehrssicherheit im Bereich des Autobahnanschlusses Grenchen zu starten und entsprechende Lösungen ab 2006 einer zügigen Umsetzung zuzuführen.

Ziel: Der Autobahnanschluss Grenchen soll für die Benutzer gefahrlos benutzt werden können. Ein zu erwartender Mehrverkehr im Zuge der Überbauung der baureifen Industrielandreserven in Grenchen, Bettlach und Arch muss bewältigbar sein.

Unerledigt.

Am 8. November 2005 hat das Amt für Verkehr und Tiefbau (AVT) dem ASTRA eine Machbarkeitsstudie zur Vernehmlassung zugestellt. Im Sinne einer Voranfrage wurde ebenfalls die zukünftige Signalisation als Entwurf zur Beurteilung unterbreitet. Die schriftliche Stellungnahme steht noch aus. Gemäss Auskunft des ASTRA werden noch die Belange des Langsamverkehrs abgeklärt. (Diese wurden bereits mit den kantonalen Experten überprüft.)

Unter Berücksichtigung sämtlicher Aspekte wie Verkehrssicherheit, Leistungsfähigkeit, betriebliche Auflagen (Ausnahmetransportroute) und der Kosten, wurde eine erste Zwischenbeurteilung gemacht. Nach einer ergänzenden Überprüfung der Sicherheitsaspekte bezüglich des Fahrradverkehrs erfolgte die Wahl auf die Variante mit zwei Langkreiseln.

In einem nächsten Arbeitsschritt wird das AVT das Vorprojekt abschliessen und ein Detailprojekt / Massnahmenprojekt oder, falls das Projekt als wesentliche Änderung der Nationalstrassenanlage beurteilt wird, nach Art. 28 a NSG ein vereinfachtes Plangenehmigungsverfahren durchführen.

9. November 2005: *Neuer Autobahnzubringer zur A1 (Überparteilich)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, einen neuen Autobahnzubringer vom Niederamt an die A1 im Rahmen des Agglomerationsprogramms «Netzstadt AarauOltenZofingen» und des Sachplanes Verkehr - zusammen mit dem Kanton Aargau - weiterzuverfolgen und die REPLA OGG periodisch über den Stand der Arbeiten zu orientieren.

Unerledigt.

Die für die Umsetzung des Auftrags erforderlichen Planungsarbeiten werden im Rahmen einer Semesterarbeit der Fachhochschule Burgdorf an die Hand genommen. Bis im Sommer 2006 sind erste Ergebnisse zu erwarten.

3.5. Motionen

3.6. Postulate

27. April 1989:

Projektierung und Realisierung einer Umfahrung für das Städtchen Klus (Heinz Bussmann, CVP)

Unaufhaltsamer Kolonnenverkehr passiert täglich das enge Städtchen Klus bei Balsthal. In Stosszeiten, so mittags, abends und noch ausgeprägter während der sommerlichen Ferienmonate, ergeben sich permanent kilometerlange Autoschlangen, welche sich meist nur noch mühsam fortbewegen können. Dazu kommt, dass der Bahnübergang bei der Thalbrücke und die Signalanlage in der Äusseren Klus die üble Verkehrssituation noch drastisch verschlechtern.

Das Wohnen im Städtchen Klus ist für die Anwohner gesundheitsschädigend, und das Überqueren der Fahrbahn für Fussgänger äusserst riskant und lebensgefährlich geworden.

Der Regierungsrat wird deshalb eingeladen, diese unliebsame Situation förderlichst zu entschärfen und dafür ein konkretes Projekt für eine Umfahrung des Städtchens Klus auszuarbeiten, damit die Realisierung einer solchen spätestens in das kantonale Strassenbauprogramm 1994 bis 1998 aufgenommen oder mittels einer separaten Vorlage während dieser Zeitspanne ausgeführt werden kann.

Dabei ist auf folgende Punkte zu achten:

- Koordination mit dem Projekt Ausbau Thalbrücke
- Umfahrung des Industrieareals in der Klus
- Sanfter Eingriff in die bestehenden Wohngebiete

Erledigt.

Seit der Erarbeitung des Erschliessungsplans für die Umfahrung Klus im Jahr 1995 haben sich verschiedene Rahmenbedingungen verändert. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus dem Thal und des Kantons hat deshalb das Projekt und den Erschliessungsplan überprüft. Anhand dieser Ergebnisse wurde ein neues Gesamtprojekt Verkehrsentlastung Klus geschaffen. Im Vergleich zur Projektauflage 1995 hat sich hinsichtlich Linienführung der Umfahrungsstrasse beim neuen Projekt wenig verändert. Neu sind jedoch zusätzliche flankierende Massnahmen im Städtchen Klus vorgesehen. Optimierte wurde zudem die Ausgestaltung der beiden Anschlussbereiche am Anfang und Ende der Umfahrungsstrasse. Im Bereich Thalbrücke wird eine Umsteigeanlage für den öffentlichen Verkehr (Bahn / Bus) integriert. Nebst der Überarbeitung des Umweltverträglichkeits- und Raumplanungsberichtes, wurden detaillierte Studien über die Umgestaltung des Augstbaches sowie ein geologisches Gutachten über die Hangsicherungen beim Felskopf, westlich des Industrieareals, ausgearbeitet. Die öffentliche Mitwirkung erfolgte im April 2004 und wurde mit RRB Nr. 2004/1833 vom 7. September 2004 genehmigt. Nach Erstellung des Erschliessungsplans zum Projekt Verkehrsentlastung Klus wurde dieser vom 5. September - 4. Oktober 2005 öffentlich aufgelegt. Die Projektrealisierung ist in folgenden zwei Etappen vorgesehen:

Erste Etappe: Teilausbau Thalbrücke mit Kreisel und Umsteigebahnhof des öffentlichen Verkehrs. Einzelne Einsprecher verlangen zusätzliche flankierende Massnahmen in der Klus.

Zweite Etappe: Umfahrungsstrasse mit flankierenden Verkehrsmassnahmen im Städtchen Klus.

Nach Abschluss des Einspracheverfahrens wird der Erschliessungsplan dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt. Die Realisierung der 1. Etappe mit dem Kreisel Thalbrücke und der öV-Umsteigeanlage ist in den Jahren 2007/08 vorgesehen. Der Realisierungszeitpunkt der Umfahrungsstrasse kann wegen der zur Zeit ungesicherten Finanzierung noch nicht festgelegt werden. Wir beantragen deshalb den «historischen» Vorstoss als erledigt abzuschreiben.

26. Januar 1999: *Arbeitsplatzzonen (Kurt Zimmerli, FdP/JL)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, bei der nächsten Überprüfung des Planungs- und Baugesetzes (PBG), eine Überführung der Industrie- und Gewerbezonon in Arbeitsplatzzonen, welche die Gemeinden in ihren Zonenreglementen definieren können, vorzusehen.

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.
Unerledigt.

Wird im Zusammenhang mit der laufenden Teilrevision des PBG geprüft.

27. März 2002: *Verfahrenskosten und Parteientschädigungen im Beschwerdeverfahren in Verwaltungssachen (Markus Grütter, FdP/JL)*

§ 37 Abs. 2 (2. Satz) sowie § 39 (2. Satz) des Verwaltungsrechtspflegegesetzes vom 15. November 1970 sind ersatzlos zu streichen.

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Unerledigt.

Nähere Überprüfung im Rahmen der laufenden Revision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes.

7. Mai 2003: *Aufhebung der Spezialgerichte – Integration ins Verwaltungsgericht (Fraktion FdP/JL)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, zu überprüfen, ob und welche Spezialgerichte gemäss § 55 ff. Gesetz über die Gerichtsorganisation vom 13. März 1977 ins Verwaltungsgericht integriert werden können. Namentlich seien erwähnt: das kantonale Steuergericht, die kantonale Schätzungskommission, die kantonale Rekurschätzungskommission, die kantonale Finanzausgleichsrekurskommission, die kantonale landwirtschaftliche Rekurskommission, u.a.m.

Ein entsprechender Abänderungsantrag der Kantonsverfassung und der Gesetzgebung ist dem Parlament zu unterbreiten.

Unerledigt.

Die Überprüfung erfolgte, soweit die Finanzausgleichs-Rekurskommission, die Rekurs-Schätzungskommission in Gebäudeversicherungssachen und die Kantonale Landwirtschaftliche Rekurskommission betreffend, durch die Arbeitsgruppe «Selbständige Gerichtsverwaltung». Die Abschaffung dieser drei Rekurskommissionen war Bestandteil der Vorlage «Selbständige Gerichtsverwaltung», die Mitte 2004 vom Kantonsrat und, soweit die erforderlichen KV-Änderungen betreffend, am 28. November 2004 vom Volk beschlossen wurde. Soweit das Kantonale Steuergericht und die Kantonale Schätzungskommission betreffend, hat der Regierungsrat eine spezielle Arbeitsgruppe zur Überprüfung eingesetzt. Die Arbeiten dieser Arbeitsgruppe sind im Gang.

17. Juni 2003: *Jährlicher Bericht über das Beschaffungswesen des Kantons Solothurn (Theodor Kocher, FdPIJL und Roland Frei, FdPIJL)*

Der Regierungsrat wird ersucht, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, die sicherstellt, dass dem Kantonsrat jährlich ein Bericht über die Beschaffung des Kantons Solothurn vorgelegt wird. Die Berichterstattung ist so zu gestalten, dass das Beschaffungsverhalten der Departemente über mehrere Jahre sichtbar ist und Verhaltenstendenzen erkennbar werden.

Es ist auch darüber zu berichten, wie weit Beschaffungsentscheide der Gemeinden und öffentlichen Anstalten bei der Festsetzung von Subventionen unverändert übernommen, resp. wie weit Subventionen auf das billigste Angebot gekürzt wurden.

Diese Berichterstattung ist durch die GPK zu prüfen und dem Kantonsrat gesondert zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Unerledigt.

Wir beantragen das Postulat abzuschreiben.

Mit dem heutigen Personalbestand ist diese Aufgabe in vollem Umfang nicht zu erfüllen. Nur im Amt für Verkehr und Tiefbau und im Hochbauamt werden zusammen jährlich über 20'000 Rechnungen verarbeitet. Wenn man für die verlangte Statistik pro Rechnung einen Zeitaufwand von 5-6 Minuten einsetzt, ergibt dies etwa einen Aufwand von ca. einem Arbeitsjahr. Dazu käme noch der Aufwand aller anderen Dienststellen, Spitäler und Anstalten.

Ein Gespräch mit einem der Verfasser des Vorstosses hat jedoch ergeben, dass die wichtigsten Anliegen auf einfache Art mittels einer «Beschaffungsstatistik» berücksichtigt werden können, die unter anderem Aufschluss über Vergabehöhe, Vergabeverfahren und die berücksichtigten Anbieter enthält. Eine entsprechende Statistik wird im Amt für Verkehr und Tiefbau bereits seit einiger Zeit eingesetzt; das Hochbauamt hat dieses Instrument Ende 2005 eingeführt. Eine erste, für die ganze kantonale Verwaltung konsolidierte, Beschaffungsstatistik zum Jahr 2006 wird anfangs 2007 erscheinen.

25. Juni 2003: *Anpassung des Kantonalen Richtplans im Bereich Post und Telekommunikation (Jürg Liechti, FdPIJL, Wolfgang von Arx, CVP, Markus Schneider, SP)*

Der Regierungsrat wird eingeladen, die unter Ziffer 6.3 des Kantonalen Richtplans (Rubrik «Post und Telekommunikation») vorgesehene «flächendeckende Versorgung» des Kantonsgebiets mit regionalen Radio- und Fernsehprogrammen (PR 6.3.2) sowie mit Infrastrukturanlagen im Post- und Kommunikationswesen (PR 6.3.1) explizit auf den Mobilfunk auszudehnen.

Erledigt.

Die Richtplananpassung wurde mit RRB Nr. 1358 vom 27. Juni 2005 genehmigt.

17. Dezember 2003: *Änderung des Planungs- und Baugesetzes: Konkretisierung des Mitwirkungsverfahrens (Überparteilich)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, das Mitwirkungsverfahren gemäss § 4 PBG demokratisch werthaltiger auszugestalten.

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Unerledigt.

Die Prüfung der aufgeworfenen Frage erfolgt im Rahmen der laufenden Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes.

17. März 2004: *Massvolle Wasserrechtsgebühren (Fraktion FdP/JL)*

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Gebühren für den Bezug von landwirtschaftlich genutztem Wasser wie folgt anzupassen:

1. Die im Kanton Solothurn erhobenen Gebühren sollen in vergleichbarer Höhe wie die von Nachbarkantonen erhobenen Gebühren liegen.
2. Für die Bewässerung von landwirtschaftlichen Kulturen ist eine allenfalls nach Fläche abgestufte Pauschale einzuführen.
3. Für die jährlich wiederkehrenden Bewilligungen ist ein administrativ vereinfachtes Verfahren mit reduzierten Gebühren vorzusehen.

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Unerledigt.

Die Anliegen des Postulates werden im Rahmen der Revision der kantonalen Wasserrechtsgesetzgebung berücksichtigt. Die Vernehmlassungsvorlage ist im Verlaufe des Jahres 2006 vorgesehen.

11. Mai 2004: *Änderungen im öffentlichen Beschaffungswesen (Überparteilich)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, das Gesetz über öffentliche Beschaffungen insbesondere in folgenden Punkten zu ändern «Arbeitsbedingungen», «Eignungskriterien», «Ausschlussgründe», «Zuschlag» sowie «Eröffnung», respektive in den folgenden Bereichen neu zu erarbeiten «Nachweis und Kontrolle», «Ausschreibungsunterlagen» sowie «Information und Statistik».

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Unerledigt.

Anlässlich einer Besprechung mit den «Urhebern» des Vorstosses wurden die aufgegriffenen Anliegen und das weitere Vorgehen besprochen. Daraus hat sich ergeben, dass vorläufig kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht und die näher zu prüfenden Anliegen, die gegebenenfalls zu Gesetzesänderungen führen könnten, gesetzgeberisch erst angepackt werden sollen, wenn für den Gesetzgeber (beispielsweise aufgrund von Änderungen von höherrangigem Recht) zwingend zusätzlicher Handlungsbedarf bestehe. Im Einverständnis mit den anwesenden «Urhebern» des Vorstosses werden die Arbeiten (Prüfung der im Vorstoss aufgegriffenen Anliegen) vorläufig im Sinne der gemachten Ausführungen sistiert.

2. November 2004: *Massnahmen gegen die zunehmende Verschmutzung des öffentlichen Raums (Barbara Banga, SP)*

Der Regierungsrat wird aufgefordert, einen Ordnungsbussenkatalog zur kantonalen Abfallverordnung zu erlassen und die Polizeiorgane mit der Bussenerhebung zu ermächtigen.

Unerledigt.

2005 (Mai bis September) wurde die Littering-Kampagne «Aktion weniger Dräck» mit diversen speziellen Aktionstagen und Medienanlässen durchgeführt. Sinn der Kampagne war, die Aufmerksamkeit und Sensibilisierung der Bevölkerung zum Thema Littering zu wecken und damit im Sinne einer Präventivmassnahme die Verhaltensweisen entsprechend zu beeinflussen. Die Kampagne kann als Erfolg bezeichnet werden, was Umfrage und Auswertung bestätigen.

Mit einem mehrjährigen Massnahmenplan soll nun den erzielten Erfolgen die nötige Nachhaltigkeit verliehen werden. 2006 werden die Schwerpunkte bei der Umweltbildung und entsprechenden Aktionen in den Schulen liegen. Dieses Bedürfnis hat die Umfrage ergeben.

Die Ermächtigung der Polizeiorgane, bei Übertretungen des kantonalen Umweltrechts Bussen auf der Stelle gemäss Bussenliste zu erheben, soll erst dann erfolgen, wenn absehbar wird, dass die geplanten Massnahmen nicht greifen. Die gesetzlichen Voraussetzungen zur Einführung eines entsprechenden Bussenreglementes auf kantonaler Ebene sollen aber parallel zu den geplanten Massnahmen bereits geschaffen werden. Die bisherigen Erfahrungen aus dem Kanton Bern zeigen, dass repressive Massnahmen eher als zusätzliche, parallele Massnahme Sinn machen.

15. Dezember 2004: *Sinnvoller Umgang mit Licht (Ruedi Lehmann, SP)*

Der Regierungsrat wird eingeladen, alle kantonalen und kommunalen Amtsstellen mit einem Informationsblatt auf die Problematik der übermässigen Beleuchtungen aufmerksam zu machen. Zudem ist zu prüfen, ob Richtlinien für Aussenbeleuchtungen, Reklamen, Skybeamer und weitere Lichtquellen auszuarbeiten oder anzupassen sind.

Den Begriff «Lichtverschmutzung» gibt es in der helvetischen und kantonalen Gesetzgebung nicht, aber das Bundesgesetz über den Schutz der Umwelt bietet genügend Angelpunkte, z.B. im Artikel 1: «Dieses Gesetz soll Menschen, Tieren und Pflanzen, ihre Lebensgemeinschaften und Lebensräume gegen schädliche oder lästige Einwirkungen schützen...»

Unerledigt.

Die rechtlichen Grundlagen sind ausreichend, um die Lichtverschmutzung genügend einzudämmen.

Aus der Sicht der kantonalen Fachstellen ist aber eine bessere Information auf allen Ebenen zu begrüssen. Die Thematik sollte allerdings national koordiniert werden. Als Grundlage dient die Infobroschüre des BAFU (Empfehlungen zur Vermeidung von Lichtemissionen), welche anfangs 2006 erschienen ist. Die kommunalen Behörden werden durch den Kanton informiert und sensibilisiert, was bei Aussenbeleuchtungen zu beachten ist (Baubewilligung). Eine Information für die Baubehörden wird im Rahmen der Baukonferenzen im Herbst 2006 (Mitteilungen des Bau- und Justizdepartementes) erfolgen.

5. Juli 2005: *Massnahmen gegen Raser (Fraktion SP)*

Der Regierungsrat wird aufgefordert ein Massnahmenpaket zur Bekämpfung des Rasertums zu schnüren. Insbesondere sind, soweit durch die Bundesgesetzgebung nicht abgedeckt und zulässig, kantonale Rechtsgrundlagen für den Einzug des Fahrzeugs als Tatwaffe zu schaffen.

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Unerledigt.

Wurde dem Bau- und Justizdepartement am 2. Februar 2006 vom Departement des Innern überwiesen.

6. Juli 2005: *Unterzeichnung der Protokolle von Strafgerichtsverhandlungen (Hans-Rudolf Lutz, SVP)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, Botschaft und Entwurf zur Änderung der Strafprozessordnung vorzulegen. Diese soll dahingehend geändert werden, dass die Aussagen angehörter Personen auch in der Hauptverhandlung nicht nur ihrem wesentlichen Inhalt nach zu protokollieren sind (§ 114 Abs. 1 stop), sondern dass das Protokoll am Schluss der Befragung von der abgehörten Person zu lesen oder ihr vorzulesen ist und dass das Protokoll zu unterzeichnen ist. Unterzeichnet die abgehörte Person nicht, ist der Grund anzugeben, wenn er bekannt ist.

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Unerledigt.

Nähere Überprüfung im Rahmen der Arbeiten für die Umsetzung der eidgenössischen Strafprozessordnung.

6. Juli 2005: *Gasbetriebene Fahrzeuge für die kantonale und kommunale Verwaltung (Alexander Kohli, FdP)*

Die Regierung wird aufgefordert, zu veranlassen,

1. dass die Verwaltung künftig überall dort, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, gasbetriebene Fahrzeuge beschafft.
2. die Betriebe des ÖV zu ermuntern überall dort, wo es Sinn macht, gasbetriebene Fahrzeuge zu beschaffen.

Unerledigt.

Es bedarf noch einer entsprechenden Empfehlung für die Fahrzeugbeschaffungen der öffentlichen Hand. Auf der Grundlage des vom Verband für elektrische und effiziente Strassenfahrzeuge (e'mobile) in Zusammenarbeit mit dem Lufthygieneamt beider Basel erarbeiteten Flyers, wird das Amt für Umwelt eine Empfehlung erarbeiten und diese den kantonalen Amtsstellen und den Gemeinden sowie öffentlich-rechtlichen Körperschaften zur Verfügung stellen.

04. Departement für Bildung und Kultur

4.1. Volksmotionen

4.2. Volksaufträge

4.3. Parlamentarische Initiativen

4.4. Aufträge

2. Februar 2005: *Lieferung der Daten von Lehrpersonen ohne Unterrichtsbefugnis (Michael Heim, CVP)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Namen der Lehrpersonen, denen die Unterrichtsbefugnis in einem rechtskräftigen und kantonalen Verfahren entzogen wurde, dem Generalsekretariat des EDK zu melden.

Unerledigt.

Eine entsprechende Vorlage gelangt im Verlauf der ersten Hälfte 2006 in den Kantonsrat.

23. Juni 2004: *Einführung von Schulverträgen in der obligatorischen Schulzeit (Fraktion FdPIJL)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, im Rahmen der flächendeckenden Einführung von Geleiteten Schulen die Voraussetzungen zu schaffen, dass in jeder Schulgemeinde den jeweiligen Verhältnissen angepasste Schulvereinbarungen zwischen Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern, Eltern und Schulbehörden eingeführt werden.

Unerledigt.

Es werden die Kantonsratsbeschlüsse "Reform der Sekundarstufe I", "Blockzeiten", "Heilpädagogisches Konzept" und " Konzeptentwicklung zur Differenzierung von Förderung und Selektion" sowie der Beginn der Umsetzungsphase "Gute Schulen brauchen Führung" abgewartet.

4.5. Motionen

13. September 1967: *Totalrevision des Kantonsschulgesetzes (Otto Schätzle, CVP)*

Das solothurnische Kantonsschulgesetz vom 29. August 1909 ist wegen der Entwicklung in den letzten Jahren und besonders durch das Entstehen einer Kantonsschule in Olten überholt. Der Regierungsrat wird ersucht, die Totalrevision des Kantonsschulgesetzes in die Wege zu leiten.

Erledigt.

Der Kantonsrat hat das Mittelschulgesetz am 29. Juni 2005 (RG 073/2005) beschlossen, mit welchem die bisherige Gesetzgebung über die Kantonsschulen aufgehoben wird. Es tritt am 1. Januar 2007 in Kraft (RRB 2005/2520 vom 6. Dezember 2005).

8. September 1993: *Übertritt zum gleichen Zeitpunkt (Max Flückiger Dr., FDP)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, bei der Überprüfung der Schulstrukturen vorzusehen, dass inskünftig der Übertritt nach der Primarschule an sämtliche weiterführenden Schulen inklusive Untergymnasium/Progymnasium zum gleichen Zeitpunkt erfolgt.

Unerledigt.

Die Vorlage für die Strukturreform der Sekundarstufe I inkl. Übertritt nach der Primarschule in alle weiterführenden Schulen befand sich 2005 in der Vernehmlassung und soll im ersten Halbjahr 2006 im Kantonsrat behandelt werden.

18. Dezember 2002: *Geleitete Schulen (Fraktion FdPIJL)*

1. Der Regierungsrat wird eingeladen, Botschaft und Entwurf für eine Änderung der Volksschulgesetzgebung zu unterbreiten, mit der folgenden Zielsetzung:
2. Die Volksschulen sollen durch Schulleitungen geführt werden. Diese sind für das Erreichen der Bildungsziele und Einhaltung der Vorgaben des Kantons und der Schulgemeinde als Trägerschaft verantwortlich.
3. Der Regierungsrat erlässt Ausführungsbestimmungen über Anstellung, Arbeitspensum, Aufgaben und Kompetenzen, Aus- und Weiterbildung sowie Entlohnung (inkl. allfällige Entlastung vom Unterricht) der Schulleitungen mit der Aufstellung entsprechender finanzieller Konsequenzen für Kanton und Gemeinden.
4. Die Schulleitung hat eine Vorgesetztenfunktion gegenüber der Lehrerschaft inne. Sie übernimmt die Ergebnisverantwortung für das Erreichen der Leistungsziele der Schule insgesamt.
5. Die geleiteten Schulen werden mit einem einfachen Leistungs- und Qualitätscontrollingsystem betreffend ihre insgesamt Leistungen im Jahresrhythmus beurteilt und miteinander verglichen (Benchmarking).

Erledigt.

Das Volk hat den Gegenvorschlag zur Initiative "Gute Schulen brauchen Führung" am 24. April 2005 mit grossem Mehr angenommen.

23. Juni 2004: *Systemänderung Subventionierung Besoldungskosten der Lehrkräfte (Fraktion FdPIJL)*

Anstelle des bisherigen Systems der Subventionierung der Besoldungskosten der Lehrkräfte soll neu eine Abgeltung über Schülerpauschalen erfolgen. Der Regierungsrat wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten, die den Systemwechsel vorsieht und die entsprechenden Gesetzesanpassungen vorschlägt.

Unerledigt.

Das Amt für Volksschule und Kindergarten wurde mit der Erarbeitung der Vorlage beauftragt. Auf Grund der Komplexität wird das Projekt eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

*23. Juni 2004: Einführung von grossen Blockzeiten an den Volksschulen
(Fraktion FdPIJL)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, per Schuljahr 2006/07 auf der Volksschulstufe im ganzen Kanton Solothurn grosse Blockzeiten einzuführen. Die Gemeinden entscheiden über die konkrete Ausgestaltung. In begründeten Einzelfällen kann der Regierungsrat Ausnahmen bewilligen.

Unerledigt.

Die Vorlage gelangt im Verlauf des Jahres 2006 in den Kantonsrat.

3. November 2004: Gesetzliche Verankerung des gesamten Sonderschulbereichs im VSG (Fraktion SP)

Es sind die Massnahmen pädagogisch-therapeutischer Art für Volksschulkinder im Vorstufen- und Primarschulalter, der Bereich der Früherziehung, sowie der gesamte Bereich der internen und externen Sonderschulung (inkl. Regelung der Finanzierung nach Prinzip WoV) im Volksschulgesetz zu integrieren.

Unerledigt.

Die gesetzliche Verankerung des Sonderschulbereichs im Volksschulgesetz ist mit dem Heilpädagogischen Konzept gekoppelt. Dieses wurde 2005 vernehmlassst und gelangt im Verlauf des Jahres 2006 in den Kantonsrat.

4.6. Postulate

15. März 1994: Kooperative Oberstufenschulen KOS (Markus Weibel, CVP)

Der Regierungsrat wird ersucht, Möglichkeiten aufzuzeigen, um der Realisierung von kooperativen Oberstufenschulen vermehrt zum Durchbruch zu verhelfen.

Unerledigt.

Die Vorlage für die Strukturreform der Sekundarstufe I befand sich 2005 in der Vernehmlassung und soll im ersten Halbjahr 2006 im Kantonsrat behandelt werden. Mit ihr wird auch die Frage der Kooperativen Oberstufenschulen beantwortet.

*3. Mai 1994: Abtrennung des Untergymnasiums von der Mittelschule
(Fraktion SP)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, bei der anstehenden Überprüfung der Schulstrukturen die Abtrennung des Untergymnasiums von der Mittelschule vorzusehen und den progymnasialen

Unterricht in die Volksschuloberstufe zu integrieren. Der Übertritt an die Mittelschulen soll generell nach der achten oder neunten Klasse erfolgen.

Unerledigt.

Die Vorlage für die Strukturreform der Sekundarstufe I befand sich 2005 in der Vernehmlassung und soll im ersten Halbjahr 2006 im Kantonsrat behandelt werden. Mit ihr werden auch die Fragen zum Untergymnasium und zu den Übertrittszeitpunkten in die Mittelschulen beantwortet.

22. Dezember 1999: Ganztägige familienunterstützende Tagesstrukturen in den Vorschul- und den Schulstufen 1 und 2 nach dem "Tessiner Modell" (Barbara Banga, SP)

Der Regierungsrat wird eingeladen, die ganztägige familienunterstützende Betreuung der Kinder im Vorschulalter ab 3 Jahren nach dem "Tessiner Schulmodell" sicherzustellen, die einschlägige Gesetzgebung entsprechend anzupassen und die finanziellen Konsequenzen für Staat und Gemeinden im Verhältnis zu einer volkswirtschaftlichen Gesamtbetrachtung darzustellen.

Unerledigt.

In der deutschen Schweiz zeichnet sich keine Veränderung in Richtung Tessiner Schulmodell ab. Der Vorstoss wurde deshalb, vornehmlich aber aus finanziellen Gründen, bisher nicht prioritär behandelt. Hingegen werden ab Schuljahr 2007/2008 flächendeckend an allen Kindergärten und Volksschulen Blockzeiten eingerichtet.

9. Mai 2000: Strukturreform auf der Sekundarstufe I (Fraktion SP)

Der Regierungsrat wird aufgefordert, Varianten zu prüfen, welche die (teilweise) Umsetzung der Strukturreform auf der Sekundarstufe I ermöglichen, bevor die Bildung der Schulkreise und die Konzentration der Schulstandorte abgeschlossen ist.

Unerledigt.

Die Vorlage für die Strukturreform der Sekundarstufe I befand sich 2005 in der Vernehmlassung und soll im ersten Halbjahr 2006 im Kantonsrat behandelt werden. Die Bildung der Schulkreise und die Konzentration der Schulstandorte sind Teil der Vorlage für die Strukturreform der Sekundarstufe I.

20. Juni 2000: Subventionierung des 10. Schuljahres (Kurt Zimmerli, FdP/JL)

Der Regierungsrat wird gebeten, die notwendigen Grundlagen zu schaffen, dass die Eltern beim Besuch des 10. Schuljahres angemessen beteiligt werden können, ohne dass die Subventionen des Kantons verloren gehen.

Unerledigt.

Die organisatorische und finanzielle Führung des freiwilligen 10. Schuljahres wird in zweiter Priorität als Folgemassnahme auf die Strukturreform der Sekundarstufe I bearbeitet.

17. Juni 2003: *Wiedereinführung der Schulnoten ab der 2. Klasse der Primarschule (Michael Heim, CVP)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen dahingehend abzuändern, dass in der Primarschule künftig bereits ab der zweiten Klasse Schulnoten gesetzt werden.

Unerledigt.

Zusammen mit anderen politischen Vorstössen, welche Beurteilung, Förderung und Selektion von Schülerinnen und Schülern zum Thema haben, wird auch die Frage nach der Notengebung ab 2. Klasse behandelt. Ein Entscheid soll 2006 herbeigeführt werden können.

10. September 2003: *Ja zum 4-Stunden-Blockzeitenmodell (Fraktion FdP/JL)*

Der Regierungsrat wird gebeten, die kantonale Stundenplanverordnung und die zurzeit geltende Stundentafel so zu ändern, dass die Gemeinden an ihren Schulen Vormittagsblockzeiten von vier Stunden Dauer einführen können. Die Änderung soll zeitlich so erfolgen, dass die Einführungen per Beginn des Schuljahres 2004/2005 möglich sind.

Erledigt.

Der Vorstoss betraf die Blockzeitenregelung der Stadt Solothurn, welche in der Zwischenzeit vom AVK bewilligt wurde und wie von den Postulanten gewünscht gehandhabt wird.

Das Postulat ist erledigt und wird abgeschrieben.

5. November 2003: *Offensive für politische Bildung (Michael Heim, CVP)*

Ich möchte den Regierungsrat bitten, die gegenwärtigen Instrumente im Bereich der politischen Bildung zu prüfen und ein Paket von zusätzlichen oder neuen Massnahmen vorzuschlagen. Zu diesen Massnahmen könnten beispielsweise die folgenden gehören:

1. Moderne und innovative Schul- und Lernformen, um den Schülerinnen und Schülern Demokratie nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zu vermitteln.
2. Polit-Tage an den Schulen. Diese könnten Präsentationen von Jungparteien, Podiumsdiskussionen mit Politikern oder Besuche von Parlamenten beinhalten.
3. Professionelle Erarbeitung eines modernen Lehrplanes und Umsetzung in einem attraktiven Lehrmittel.
4. Sicherstellung einer qualitativ hohen Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen.

Unerledigt.

Das Geschäft wurde in die Jahresplanung 2006 des DBK aufgenommen. Ziel ist es, die Anliegen des Postulats zu analysieren, entsprechende Massnahmen vorzuschlagen und in Zusammenarbeit mit der PH und den Ämtern allfällige Projekte zu definieren.

23. Juni 2004: *Leistungsvergleiche bzw. Querschnittsvergleiche (Fraktion FdP/JL)*

Wir fordern vergleichbare kantonale Leistungstests für alle Schülerinnen und Schüler ab der 1. Klasse jeweils am Ende des Schuljahrs, analog den ehemaligen Examen. Die Resultate zeigen Kindern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern, wo sie bezüglich Lernzielerreichung im kantonalen Vergleich stehen. So stärken wir das Wissen und das Selbstbewusstsein unserer Kinder. Es gilt, eine möglichst kostengünstige und einfache Form der Ausgestaltung zu finden.

Unerledigt.

Zusammen mit anderen politischen Vorstössen, welche Beurteilung, Förderung und Selektion von Schülerinnen und Schülern zum Thema haben, wird auch das Thema Leistungsmessungen bzw. Querschnittsvergleiche behandelt. Ausserdem gilt es, die EDK-Projekte „HarmoS“ und „Leistungsmessungen“ zu beachten.

31. August 2004: *Konzeptentwicklung zur Differenzierung von Förderung und Selektion (Fraktion SP)*

Wir ersuchen den Regierungsrat, ein umfassendes Konzept zu erarbeiten, das die spezifischen Funktionen von Förderung, Schülerbeurteilung und Selektion an der Volksschule klärt. Es soll aufzeigen, wie bzw. welche Massnahmen zur Umsetzung notwendig wären. Das Konzept soll unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit erarbeitet und im Sinne der zeitgemässen gesellschaftlichen und erziehungswissenschaftlichen Entwicklungen realisiert werden. Es ist zu prüfen, ob dieses Konzept durch die Forschungsabteilung der PH Solothurn erarbeitet werden kann.

Unerledigt.

Das Konzept wurde, wie von den Postulanten gewünscht, der PH in Auftrag gegeben. Es wird während des Kalenderjahres 2006 erarbeitet.

05. Finanzdepartement

5.1. Volksmotionen

5.2. Volksaufträge

5.3. Parlamentarische Initiativen

5.4. Aufträge

23. Juni 2004: *Finanziell nachhaltiger Kanton (Fraktion FdPIJL)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine temporäre Arbeitsgruppe aus Vertretern des Parlaments und der Verwaltung einzusetzen und mit folgendem Auftrag zu versehen:

1. Systematische Überprüfung sämtlicher WOV-Leistungsaufträge.
2. Priorisierung der darin enthaltenen Leistungen gemäss ihrer strategischen Bedeutung für die Entwicklung des Kantons.
3. Erarbeitung von Vorschlägen für Leistungsverzicht bzw. Leistungsabbau mit folgender Zielsetzung:
 - a) Kostenreduktion für den Kanton in einem Umfang, der ab 2006 substantielle Beträge für den Abbau der Staatsschulden freispielt. Zielgrösse: 50 Mio. Franken/Jahr.
 - b) Berücksichtigung der obgenannten Priorisierungen.
4. Die Erledigung der Arbeiten soll so erfolgen, dass die Arbeitsgruppe ihren Bericht bis Ende 2004 abliefern kann.
5. Periodische Berichterstattung an Regierung und Parlament.

Unerledigt.

Eine Arbeitsgruppe wurde eingesetzt, welche die Arbeiten im Sommer / Herbst 2004 startete. Die Arbeitsgruppe konnte sich dabei insbesondere auch auf die Vorarbeiten der verwaltungsinternen Koordinationskommission stützen. Sie lieferte ihren Bericht am 14. Juli 2005 ab. Der Bericht sah ein Einsparpotenzial von rund 29,5 Mio. Franken vor. In einem Vorentscheid lehnte der Regierungsrat am 15. November 2005 (RRB Nr. 2005/2327) die Umsetzung von darin enthaltenen Massnahmenvorschlägen im Umfang von rund 16,5 Mio. Franken ab, weil sie ihm nicht realisierbar erschienen (im Widerspruch zum Bundesrecht, nicht verantwortbar, kontraproduktiv, Grundsatzfrage uam.), so dass schliesslich ein Sanierungspotenzial von 13 Mio. Franken resultierte.

Dieses Sanierungspotenzial wurde weiter reduziert durch den im Rahmen der Beratung des Vorschlags 2006 getroffenen Vorentscheid des Kantonsrates, auf die Koko+-Massnahme „Streichung Beitrag an Tourismusförderung“ zu verzichten (-0,2 Mio. Franken), sowie einer Korrektur zur Schätzung des Sanierungspotenzials der Koko+-Massnahme „Beschleunigung des Veranlagungsverfahrens“ (-0,8 Mio. Fr.).

Der oben erwähnte Beschluss des Regierungsrates vom 15. November 2005 sowie die zwischenzeitlich vorgenommenen Anpassungen dienten als Grundlage für Botschaft und Entwurf des Regierungsrates an den Kantonsrat vom 31. Januar 2006 (RRB Nr. 2006/276) über „Finanziell nachhaltiger Kanton; Umsetzung der Vorschläge für Leistungsverzicht und Leistungsabbau“.

2. November 2004: *Aufgaben der Departementscontroller (Fraktion FdPIJL)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Aufgaben der Departementscontroller für alle Departemente in einem Pflichtenheft festzulegen. Damit soll sichergestellt werden, dass das Controlling in allen Departementen nach den gleichen Grundsätzen durchgeführt wird.

In dem Pflichtenheft sind ferner die fachlichen Kompetenzen und Erfahrungen, welche ein Departementscontroller mitbringen muss, zu definieren.

Unerledigt.

Zurzeit wird auf der Ebene der Verwaltung ein WoV-Handbuch erarbeitet. Darin werden die Prozesse der Verwaltungsführung unter WoV dargestellt. Dazu gehört auch die geschäftsfallbezogene Abbildung der Controllingprozesse und die Erarbeitung des Pflichtenheftes für die Departementscontroller. Das entsprechende Kapitel des WoV-Handbuchs soll dem Regierungsrat mitte 2006 zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

28. Juni 2005: *Standesinitiative zur Familienbesteuerung (Fraktion CVP)*

Der Regierungsrat wird beauftragt eine Standesinitiative auszuarbeiten und dem Kantonsrat vorzulegen mit folgendem Inhalt:

Der Bundesrat wird beauftragt eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten und der Bundesversammlung vorzulegen, welche

1. im Bereich der direkten Bundessteuer die Gleichstellung der verheirateten Paare mit den unverheirateten Paaren vorsieht. (Gemäss Teilsplittingmodell des am 16. Mai 2004 abgelehnten Steuerpakets);
2. die Familien aller Einkommenskategorien entlastet durch:
 - a) Erhöhung eines Kinderabzugs;
 - b) Einführung eines Abzugs für die Kosten für die obligatorischen Krankenkassenprämien;
 - c) Einführung eines Kinderbetreuungskostenabzugs;
 - d) Einführung eines zusätzlichen Aus- und Weiterbildungsabzugs.

Unerledigt.

Das Eidg. Finanzdepartement hat am 29. September 2005 einen Vorschlag des Bundesrates zu Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung in die Vernehmlassung gegeben. Damit sollte die verfassungswidrige Benachteiligung von doppelverdienenden Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren in gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen abgebaut werden. In unserer Vernehmlassung vom 6. Dezember 2006 haben wir die Vorschläge abgelehnt, weil sie die Probleme der Familienbesteuerung bei der direkten Bundessteuer nur zum Teil angehen und neue Ungleichheiten schaffen. Als Alternative haben wir empfohlen, die Vorschläge der Finanzdirektorenkonferenz, die sich an das im Mai 2004 abgelehnte Steuerpaket 2001 anlehnen, näher zu prüfen. Wir werden dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf bis Ende 2006 unterbreiten.

23. August 2005: *Einführung des neuen Lohnausweises (Überparteilich)*

Der Regierungsrat wird beauftragt dafür zu sorgen, dass der Kanton Solothurn weder für die Staats- und Gemeindesteuern noch für die direkte Bundessteuer den Neuen Lohnausweis NLA einführt. Er hat das Steueramt zu verpflichten, dass den Steuererklärungen auch künftig der bereits heute verwendete Lohnausweis beigelegt wird. Ferner ist das Steueramt anzuweisen, die geltende Verwaltungspraxis im Zusammenhang mit dem Lohnausweis weiterzuführen.

Unerledigt.

Der Regierungsrat verfolgt das Pilotprojekt zur Einführung des NLA, das die gemischte Arbeitsgruppe Lohnausweis durchführt und an dem rund 170 Betriebe sowohl der Privatwirtschaft als auch der öffentlichen Verwaltung teilnehmen, sehr genau. Der Bericht der Arbeitsgruppe wird im Mai 2006 erwartet. Mitte Jahr wird die Schweizerische Steuerkonferenz (SSK) über das weitere Vorgehen entscheiden. Wir warten die Ergebnisse des Pilotprojektes, die Weiterentwicklung beim Bund und in den Kantonen sowie die Beschlüsse der SSK ab, bevor wir Massnahmen treffen.

9. November 2005: *Verbesserung der Rentensituation für abtretende Mitglieder des Regierungsrates (Roland Heim, CVP)*

Der Regierungsrat wird beauftragt zwecks Verbesserung der Entschädigungssituation der Mitglieder des Regierungsrats, die aus dem Amt scheidend, bevor ein Anspruch auf eine auch nur kleine Abgangsentschädigung oder Rente (Ruhegehalt) besteht, dem Kantonsrat die nötigen Gesetzes- und Verordnungsänderungen vorzulegen. Da der Regierungsrat vielleicht als zu befähigt erscheint, kann er eine Kommission mit der Ausarbeitung dieser neuen Regelung beauftragen.

Unerledigt.

Die Gesetzesvorlage wird im Jahre 2006 vorbereitet.

5.5. Motionen

1. September 1992: *Privatisierung, Deregulierung und Aufhebung staatlicher Tätigkeiten (Fraktion FdP)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, das hoheitliche Handeln im Kanton Solothurn aus Gründen der Rationalisierung, Effizienz und Kosteneinsparung und unter Wahrung des öffentlichen Interesses im Hinblick auf Möglichkeiten der Privatisierung und Deregulierung oder gar Aufhebung hoheitlicher Tätigkeiten unter Einbezug öffentlich-rechtlicher, subventionierter Träger zu untersuchen und dem Kantonsrat entsprechende Vorschläge und Massnahmen zu unterbreiten.

Erledigt.

Mit dem Reformpaket SO+ wurde eine umfassende Überprüfung der staatlichen Tätigkeit, insbesondere auch im Hinblick auf deren Privatisierung, Deregulierung oder Aufhebung vorgenommen. Dem Kantonsrat wurden entsprechende Vorschläge und Massnahmen unterbreitet. Die vom Regierungsrat und vom Kantonsrat genehmigten Massnahmen im Sinne einer Privatisierung, Deregulierung oder Aufhebung wurden zwischenzeitlich alle geprüft und umgesetzt, oder als nicht realisierbar oder als nicht sinnvoll abgeschrieben.

In diesem Zusammenhang müssen zwei Grossprojekte, die erfolgreich abgeschlossen werden konnten, erwähnt werden:

- Privatisierung der Spitäler: Der Regierungsrat beantragte dem Kantonsrat im Rahmen des neuen Spitalgesetzes die Überführung der Spitäler in die Rechtsform einer privatrechtlichen Aktiengesellschaft (RRB Nr. 2003/1275 vom 1. Juli 2003). Der Kantonsrat stimmte am 12. Mai 2004 (RG 112/2003) dem neuen Spitalgesetz zu. Die Solothurner Spitäler AG wurde im Dezember 2005 gegründet; sie nahm am 1. Januar 2006 ihren Betrieb auf. Damit ist die SO+-Massnahme Nr. 43 Verselbständigung der Spitäler, umgesetzt.
- Verselbständigung der Pädagogischen Fachhochschule: Mit Beschluss Nr. 117/ 2001 vom 4. September 2001 stimmte der Kantonsrat dem Gesetz über die pädagogische Fachhochschule und damit der Verselbständigung zu. Zwischenzeitlich genehmigte der Kantonsrat auch den Staatsvertrag über die Errichtung und Führung der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), welcher die Pädagogische Fachhochschule in die fusionierte Fachhochschule Nordwestschweiz integriert (KRB Nr. SGB 229/ 2004 vom 4. Mai 2005). Die fusionierte Fachhochschule Nordwestschweiz nahm am 1. Januar 2006 ihren Betrieb auf. Der Kantonsrat schrieb die entsprechende So+-Massnahme ab (SGB 053/2004).

Bereits früher realisiert, teilweise realisiert oder als nicht umsetzbar abgeschrieben wurden folgende Massnahmen aus dem SO+-Massnahmen-Paket:

- SO+-Massnahme 18 Privatisierung Uhrmacherschule und Internat: Mit RRB Nr. 1034 vom 3. Juni 2003 wurde der „Änderung der Verordnung über Organisation und Betrieb der Berufsschulen (Berufsschulverordnung) vom 24. August 1993“ zugestimmt. Mit RRB Nr. 2371 vom 16. Dezember 2003 wurde die So+-Massnahme Nr. 18 als erledigt abgeschrieben. Es zeigte sich, dass die Grundausbildung nicht privatisiert werden konnte, für das Internat hingegen konnte eine private Trägerschaft gefunden werden.
- SO+-Massnahme 54 Konsolidierung und Neuausrichtung Wallierhof: Die Massnahme wurde mit RRB 1804 vom 23. September 2003 provisorisch abgeschrieben. Die geforderten Vorgaben können nicht voll erreicht werden, weil das neue Ausbildungsmodell frühestens ab 2006 realisiert wird. Die fehlenden Einsparungen werden mit der SO+-Massnahme 55 „Abbau landwirtschaftlicher Leistungen“ kompensiert. Die So+-Massnahme wurde vom Kantonsrat definitiv als erledigt abgeschrieben (SBG 053/2004).
- SO+-Massnahme 17 Gemischtwirtschaftliche AG Erwachsenenbildung: Die Massnahme wurde vom Kantonsrat abgeschrieben (SGB 053/2004), weil sie in der beauftragten Form nicht umgesetzt werden konnte.

Zurzeit sieht der Regierungsrat keinen weiteren Handlungsbedarf. Selbstverständlich bleibt aber die Prüfung von Möglichkeiten der Privatisierung, der Deregulierung oder der Aufhebung staatlicher Leistungen eine Daueraufgabe.

24. März 1993:

Aufgabenteilung (Peter Kofmel, FdP)

Der Regierungsrat wird beauftragt, zusammen mit den Einwohnergemeinden die vor Jahren begonnene Aufgabenreform energisch voranzutreiben.

Dabei sind fundamentale Reformen ins Auge zu fassen: Aufgabe, Verantwortung, Kompetenz und Finanzierungspflicht sind in der Regel der gleichen Körperschaft zuzuordnen.

Unerledigt.

Im Rahmen der vom Kantonsrat am 28. Juni 1995 verabschiedeten Vorlage 'Schlanker Staat' sind verschiedene Grundsatzentscheide gefällt worden. Im Anschluss daran ist die Aufgabenreform weiter vorangetrieben worden:

Im Rahmen der vom Kantonsrat am 28. Juni 1995 verabschiedeten Vorlage 'Schlanker Staat' sind verschiedene Grundsatzentscheide gefällt worden. Im Anschluss daran ist die Aufgabenreform weiter vorangetrieben worden:

- Volksschule, Kindergarten und Musikschulen (unerledigt): Mit Beschluss Nr. 2293 vom 10. November 1998 nahm der Regierungsrat Kenntnis von den Berichten der Arbeitsgruppe „Teilung der Aufgaben in den Bereichen Volksschule, Kindergarten und Musikschulen“ und vom Schlussbericht Teil 3 der Strukturkommission. Das Departement für Bildung und Kultur wurde zudem beauftragt, Möglichkeiten für die Senkung des kantonalen Anteils an den Musikunterricht vorzuschlagen. Zudem erging der Auftrag, die finanziellen Folgen eines Wechsels der Trägerschaft der Sekundarstufe I zu prüfen.
 - Sekundarstufe I: Am 4. April 2000 beschloss der Regierungsrat, insbesondere auch aus finanziellen Erwägungen, auf einen Wechsel der Trägerschaft der Sekundarstufe I von den Gemeinden zum Kanton zu verzichten. Nach Erarbeitung eines möglichen Vorgehensvorschlages in Varianten durch das Departement für Bildung und Kultur wurde dieser den Regionen zur Vernehmlassung gegeben. Unter Würdigung dieser Resultate beauftragte

der Regierungsrat am 29. Januar 2002 das Departement, bis Ende 2002 einen Bericht mit den Grundsatzbeschlüssen zur Reform der Sekundarstufe I auszuarbeiten. Dieser Bericht mit den Anträgen der Arbeitsgruppe ist eingegangen. Der Regierungsrat beschloss am 27. Mai 2003 die Eckwerte der Reform. Am 21. Dezember 2004 eröffnete der Regierungsrat das Vernehmlassungsverfahren zur Reform der Sekundarstufe I, mit Vernehmlassungsfrist bis 18. März 2005 (RRB Nr. 2004/2621). In der Zwischenzeit bereitete das Departement für Bildung und Kultur die Vorlage an den Kantonsrat vor. Der Kantonsrat wird voraussichtlich im Sommer 2006 das Geschäft beraten können.

- Im Rahmen des Projektes SO+ schlug der Regierungsrat vor, die Musikschulen zu kommunalisieren und den kantonalen Beitrag aufzuheben. Trotz Zustimmung der Einwohnergemeinden lehnte der Kantonsrat am 27. September 2000 diese Massnahme ab. Die Volksinitiative "Gerechte Chancen für alle MusikschülerInnen" wurde in der Volksabstimmung vom 29. Juni 2003 abgelehnt.
- Geleitete Schulen: Im Zuge der Professionalisierung der Schulführung sollen neu Schulleitungen flächendeckend eingeführt werden, was ein Besoldungsvolumen von 12 Mio. Franken auslösen wird. Neu sollen die Aufwändungen für Schulleitungen subventioniert werden. Der durchschnittliche Subventionssatz von 46% soll um 2.25% auf 43,75% reduziert werden. Mit dieser Massnahme wird der Kanton um rund 4.5 Mio. Franken entlastet. Der Verband Solothurner Einwohnergemeinden stimmte dieser Massnahme, als Kompensationsleistung für die gescheiterte Übertragung der Musikschulen, zu. Die entsprechende Volksabstimmung fand am 24. April 2005 statt. Die Vorlage wurde mit grossem Mehr angenommen.
- Finanzierung der Unterrichtsleistungen für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten während der obligatorischen Schulzeit: Zur Zeit zahlt der Kanton rund 25 Mio. Franken für Unterrichtsleistungen für Gymnasiasten im obligatorischen Volksschulbereich (6. - 9. Klasse). Die Gemeinden beteiligen sich netto mit 2 Mio. Franken. Im Zusammenhang mit der Revision des Mittelschulgesetzes soll die Finanzierung auf die Basis der ordentlichen Kostenverteilung (aktuell 54% bei den Gemeinden) gestellt werden. Die Einwohnergemeinden erklärten sich mit diesem Vorgehen grundsätzlich einverstanden, fordern allerdings in anderen Politikbereichen eine Kompensation
- Soziale Sicherheit (unerledigt): In der Volksabstimmung vom 7. Juni 1998 ist das Gesetz über die Aufgabenreform „Soziale Sicherheit“ Kanton und Gemeinden deutlich angenommen worden. Dadurch wurde in einem ersten Schritt die Finanzierung klar einem Gemeinwesen zugeordnet. Die Umsetzung erfolgt kontinuierlich seit 1. Januar 1999.

In der Zwischenzeit wurden verschiedenste Gesetze im Sozialbereich inhaltlich revidiert und die Botschaft und der Entwurf (B+E) zu einem neuen Sozialgesetz sind vom Regierungsrat mit RRB Nr. 2005/1617 vom 12. Juli 2005 beschlossen worden. Das Sozialgesetz regelt integral für alle sozialen Leistungsfelder im Kanton Verantwortung und Kompetenz. 14 Gesetze können damit aufgehoben werden. Das Sozialgesetz wird gegenwärtig von der SOGEKO vorberaten. Sofern das Parlament, beziehungsweise die Stimmberechtigten, dem bereinigten Sozialgesetz zustimmen, ist das Inkrafttreten auf 1. Januar 2008 – gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Neuen Finanzausgleiches Bund-Kantone (NFA) - vorgesehen.

- Amtliche Vermessung (erledigt, siehe Bearbeitungsstand RRB Nr. 687 vom 27. März 2001).
- Strassengesetz (erledigt, siehe Bearbeitungsstand RRB Nr. 687 vom 27. März 2001).
- Zivilstandswesen (erledigt, siehe Bearbeitungsstand RRB Nr. 585 vom 19. März 2002).

- Finanzausgleich (erledigt, siehe Bearbeitungsstand RRB Nr. 2003/618 vom 1. April 2003).

11. März 1998: *Subventions-Überprüfung (Fraktion FdPIJL)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat bis Ende 1997 einen Bericht über die vom Kanton gewährten Subventionen zu unterbreiten. Dieser Bericht soll Auskunft geben darüber, ob und wie weit unter dem Aspekt der prekären Finanzlage des Kantons

1. welche Subventionen wem und in welcher Höhe ausbezahlt werden,
2. das mit der einzelnen Subvention ursprünglich verfolgte Ziel auch heute noch breite Zustimmung findet,
3. das Ausmass der Subvention dem verfolgten Ziel und den Rahmenbedingungen noch entspricht,
4. die Entrichtung der Subvention effizient erfolgt,
5. die Kontrolle über Verwendung und Wirkung der Subvention gewährleistet ist,
6. Massnahmen nötig sind, um allfällige Mängel im Kantonalen Subventionswesen zu beheben,
7. Gesetzesänderungen bzw. Anpassungen der Verfassung vorzubereiten sind.

Erledigt.

Die Arbeiten zur Erledigung der Motion wurden mit den Arbeiten im Zusammenhang mit dem Postulat Kurt Küng (P93/2000) zusammengelegt. Der Regierungsrat legte dem Kantonsrat am 27. September 2004 einen gemeinsamen Schlussbericht vor (RRB Nr. 2004/2025). Der Kantonsrat verabschiedete diesen am 25. Januar 2005 (SGB 185/2004).

Die Übersicht über die Staatsbeiträge soll in Zukunft laufend nachgeführt und die Wirksamkeit und Notwendigkeit von Staatsbeiträgen alle 2 Jahre überprüft werden (vgl. Legislaturplan 2005-2009 des Regierungsrates, Ziel 6.1.2, Massnahme 1).

30. Juni 2004: *Keine Besteuerung des Feuerwehrosoldes (Überparteilich)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, das Steuergesetz des Kantons Solothurn dahingehend anzupassen, dass der Feuerwehrosold (Übungssold und Einsatzsold) per sofort definitiv von der Einkommensbesteuerung befreit wird (und bleibt).

Erledigt.

Mit der Revision des Steuergesetzes, die der Kantonsrat am 4. Mai 2005 verabschiedete und die am 1. Januar 2006 in Kraft trat, wurde der Feuerwehrosold ausdrücklich als steuerfrei erklärt.

2. Februar 2005: *Standesinitiative Einführung einer Einheitssteuer (Flat tax)
(Fraktion FdPIJL)*

Das heutige Steuersystem auf Ebene Bund ist massiv zu vereinfachen. Der Kanton Solothurn überweist eine Standesinitiative zur Einführung eines massiv vereinfachten Steuersystems (Flat tax) mit 1 – 3 Tarifstufen und maximal 1 – 3 Abzugsmöglichkeiten.

Die bundesgesetzlichen Grundlagen sind entsprechend anzupassen.

Erledigt.

Der Kantonsrat beschloss die Standesinitiative am 24. August 2005; sie wurde der Bundesversammlung eingereicht.

2. Februar 2005: Standesinitiative für Steuerbefreiung von Entgelten für gemeinnützige Leistungen (Überparteilich)

Der Regierungsrat wird beauftragt dem Kantonsrat einen Vorschlag für eine Standesinitiative mit folgenden Begehren vorzulegen:

Entgelte, die für nebenberufliche Tätigkeiten im Interesse der Öffentlichkeit erbracht werden, sollen bis zu einem festzulegenden Betrag von der Steuerpflicht befreit werden. Der Bund soll einen solchen Freibetrag für die direkte Bundessteuer festlegen und über das Steuerharmonisierungsgesetz diesen Abzug auch für die Staatssteuer vorsehen.

Erledigt.

Der Kantonsrat beschloss die Standesinitiative am 24. August 2005; sie wurde der Bundesversammlung eingereicht.

27. September 2005: Offenlegung Interessenbindungen der Regierungsräte und Regierungsrätinnen des Kantons Solothurn / Honorare in Staatskasse (Peter Meier, FdP/JL)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen zu erarbeiten und dem Kantonsrat zu unterbreiten, damit

- a) die Tätigkeiten der Mitglieder der Regierung in Führungs- und Aufsichtsgremien von wirtschaftlichen Unternehmen oder sonstigen Körperschaften, Anstalten, Stiftungen, Vereinen etc. geregelt werden;
- b) die entsprechenden Honorare, Entschädigungen, Tantiemen etc. in die Staatskasse fallen.

Unerledigt.

Die Gesetzesvorlage wird im Jahre 2006 vorbereitet.

5.6. Postulate

11. November 1998: Umwandlung öffentlich-rechtlicher Anstalten in privatrechtliche Organisationen (Fraktion CVP)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat Gesetzesvorlagen zu unterbreiten, die die Umwandlung öffentlich-rechtlicher Anstalten (z.B. Spitäler, Wallierhof) oder Stellen in privatrechtliche Organisationen erlauben. Diese sollen mit den entsprechenden Leistungsaufträgen gekoppelt sein.

Erledigt.

Mit dem Spitalgesetz beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat die Überführung der Spitäler in die Rechtsform einer privatrechtlichen Aktiengesellschaft (RRB Nr. 2003/1275 vom 1. Juli 2003).

Der Kantonsrat stimmte am 12. Mai 2004 (RG 112/2003) dem Spitalgesetz zu. Die Solothurner Spitäler AG wurde im Dezember 2005 gegründet. Sie nahm am 1. Januar 2006 ihren Betrieb auf.

Für weitere Privatisierungsmoglichkeiten, die geprüft, teilweise realisiert oder nach der Prüfung verworfen und / oder andere Formen gewählt wurden, wird auf die Stellungnahme zur Motion „Privatisierung, Deregulierung und Aufhebung staatlicher Tätigkeiten“ vom 1. September 1992 (siehe unter Abschnitt 5.5) verwiesen.

Die Prüfung von Privatisierungsmoglichkeiten bleibt eine Daueraufgabe.

20. Februar 2001: Übersicht: Subventionen im Bund und Kanton Solothurn (Text und Tabellenform) (Kurt Küng, SVP)

Der Regierungsrat wird gebeten, zuhanden der Ratsmitglieder eine Übersicht in Text und Tabellenform über die aktuellen Subventionen vom Bund an den Kanton Solothurn und dasselbe vom Kanton zu den Gemeinden und andern Institutionen zu erstellen. Nebst dem Quellennachweis sollen auch die jeweilige Berechnungsbasis, (gesetzliche Grundlage) der effektive Jahresbeitrag, allfällige Subventionsfristen, die Träger von Defizitgarantien und weitere wichtige Informationen und Hinweise ersichtlich sein.

Erledigt.

Diese Arbeiten wurden mit der Motion „Subventionsuberprufung“ vom 11. März 1998 (siehe unter Abschnitt 5.5) zusammengelegt. Einen gemeinsamen Schlussbericht legte der Regierungsrat dem Kantonsrat am 27. September 2004 (RRB Nr. 2004/2025) vor. Der Kantonsrat verabschiedete diesen am 25. Januar 2005 (SGB 185/2004).

Die Übersicht über die Staatsbeiträge soll in Zukunft laufend nachgeführt und die Wirksamkeit und Notwendigkeit von Staatsbeiträgen alle 2 Jahre überprüft werden (vgl. Legislaturplan 2005-2009 des Regierungsrates, Ziel 6.1.2, Massnahme 1).

25. Juni 2003: Spezialfinanzierung (Rolf Grütter, CVP)

Der Regierungsrat wird hiermit beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für die Abschaffung aller Spezialfinanzierungen und Fonds im Bereich der Rechnung des Kantons zu schaffen.

Unerledigt.

Der Kantonsrat hob die Spezialfinanzierung „Spitalbaufonds“ mit dem Erlass des Spitalgesetzes am 12. Mai 2004 auf (RG 112/2003).

Nicht aufgehoben werden kann mittelfristig die Spezialfinanzierung „Strassenbaufonds“, da das Solothurner Volk in der Abstimmung vom 2. Juni 2002 einer 15-%igen zweckgebundenen Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer zur Finanzierung der Gesamtverkehrsprojekte Solothurn und Olten zustimmte. Der Zuschlag wird solange erhoben, bis dass die Nettokosten der Umfahrungsprojekte durch den Zuschlag gedeckt sind, maximal aber während 20 Jahren.

Eine allfällige Aufhebung weiterer Spezialfinanzierungen wird im Jahr 2006 geprüft.

5. November 2003: *Arbeitsmarktzulage Polizeikorps (Fraktion SP)*

Der Regierungsrat wird eingeladen, auf den Besoldungen des Polizeikorps die Einführung einer Arbeitsmarktzulage gemäss § 7 Abs. 2 der Verordnung des Kantonsrats über die Besoldungen und die Arbeitszeit des Staatspersonals und der Lehrkräfte an kantonalen Schulen (BGS 126.51.1) zu prüfen.

Unerledigt.

Im Rahmen der Weiterentwicklung des GAV ist die Einführung systematischer Lohnvergleiche als vorrangiges Geschäft vereinbart worden. Wir sind zur Zeit daran, einen solchen Lohnvergleich aufzubauen. Sobald Resultate dieses Lohnvergleichs und entsprechende Anhaltspunkte für eine Lohnkorrektur vorliegen, wird über eine allfällige Arbeitsmarktzulage zwischen den Sozialpartnern verhandelt.

17. März 2004: *Senkung der Vermögenssteuersätze auf max. 1 Promille (Fraktion CVP)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Vermögenssteuersatz auf 1‰ zu senken, damit vermögende Leute in unserem Kanton bleiben oder sogar zuziehen.

Unerledigt.

Im Bereich der Vermögensbesteuerung sind gewisse Korrekturen notwendig. Die Frage der teilweisen Entlastung von der Vermögenssteuer wird mit der nächsten Änderung des Steuergesetzes, welche die Steuerbelastung zum Gegenstand hat, geprüft. Wir werden dem Kantonsrat Botenschaft und Entwurf bis Ende 2006 unterbreiten.

23. Juni 2004: *Änderung Kapitalsteuer für Vereine (Theo Heiri, CVP)*

Der Regierungsrat wird ersucht, dem Kantonsrat eine Änderung des Steuergesetzes zu beantragen, wonach für Vereine, Stiftungen und übrige juristische Personen eine Besteuerung des Eigenkapitals ab einem Betrag von Franken 200'000 gelten soll.

Erledigt.

Mit der Revision des Steuergesetzes, die der Kantonsrat am 4. Mai 2005 verabschiedete und die am 1. Januar 2006 in Kraft trat, wurde die Freigrenze für Vereine, Stiftungen und übrige juristische Personen bei der Kapitalsteuer auf 200'000 Franken angehoben.

25. Januar 2005: *Überprüfung der Familienbesteuerung im Kanton Solothurn (Fraktion CVP)*

Der Regierungsrat wird gebeten im Rahmen der nächsten Steuergesetzrevision die Besteuerung der Familien weiter zu verbessern. Dabei ist insbesondere die Ablösung des heute gültigen Zweitarifsystems durch die Einführung eines Teilsplittingmodells sowie die Erhöhung der Kinderabzüge, die Erhöhung des Abzugs für die Krankenkassenprämien, die Einführung eines Kinderbetreuungskostenabzugs, sowie die Einführung zusätzlicher Abzüge für Familien zu prüfen.

Unerledigt.

Das Postulat wird im Rahmen der nächsten Revision des Steuergesetzes, welche die Steuerbelastung zum Gegenstand hat, zu prüfen sein. Wir werden dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf bis Ende 2006 unterbreiten.

25. Januar 2005: *Vereinfachung des heutigen Steuersystems (Flat tax) (Fraktion FdP/JL)*

Das heutige kantonale Steuersystem ist zu vereinfachen und auf maximal 3 Steuertarifstufen zu reduzieren. Die Abzugsmöglichkeiten sind zu reduzieren. Die Umsetzung im Kanton Solothurn muss kostenneutral erfolgen. Die gesetzlichen Grundlagen sind entsprechend anzupassen. Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, d.h. KMU schaffen mehr Arbeitsplätze, was wiederum mehr Steuerzahler zur Folge hat. Zu den guten Rahmenbedingungen gehört auch ein transparentes und wirtschaftsfreundliches Steuersystem. Das vereinfachte Steuersystem würde auch diese Bedingung erfüllen.

Unerledigt.

Das Postulat wird bei einer der nächsten Revisionen des Steuergesetzes zu prüfen sein.

4. Mai 2005: *Flexibilisierung Pensionierung für Angestellte des Kantons Solothurn (Fraktion FdP/JL)*

Die Angestellten des Kantons Solothurn werden mit 63.5 Jahren pensioniert. Wenn eine betriebliche Notwendigkeit nachgewiesen werden kann, sind Ausnahmen möglich. Diese Regelung entspricht nicht der heutigen Realität: Angestellte des Kantons können zwar vor dem Erreichen des jetzigen Pensionierungsalters, also mit 63.5 Jahren in Pension gehen, de facto aber nicht länger als 63.5 Jahre arbeiten.

Wir fordern deshalb die Anpassung der rechtlichen Grundlagen und die Einführung eines flexiblen Pensionierungsalters von 58 Jahren bis 67 Jahren.

Unerledigt.

Bereits heute ist für sämtliche Staatsangestellten eine vorzeitige Pensionierung ab dem 58. Altersjahr möglich. Der Arbeitgeber Staat beteiligt sich an der Finanzierung der AHV-Ersatzrente bei einer Pensionierung ab dem 60. Altersjahr. Gemäss GAV wird die AHV-Ersatzrente während maximal zwei Jahren (Grundlage maximale AHV-Rente) vollständig vom Arbeitgeber finanziert. Anschliessend besteht bis zum Erreichen des AHV-Alters weiterhin Anspruch auf die AHV-Ersatzrente im gleichen Umfang. Der Arbeitgeberanteil an der Finanzierung ist sozial abgestuft. Die Flexibilisierung des Pensionierungsalters „nach oben“, d.h. über das Alter von 63 1/2 Jahren hinaus, steht auf der Pendenzenliste der Gesamtarbeitsvertragskommission und bildet Gegenstand von Verhandlungen.

06. Departement des Innern

6.1. Volksmotionen

6.2. Volksaufträge

6.3. Parlamentarische Initiativen

6.4. Aufträge

*23. Juni 2004: Steigerung des Kostendeckungsgrads der öffentlichen Spitäler
(Fraktion FdP/JL)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Kostendeckungsgrad der öffentlichen Spitäler innert der nächsten 10 Jahre von heute ca. 60% auf mindestens 65% zu erhöhen.

Unerledigt.

Die Erledigung ist innerhalb der durch die heutige Bundesgesetzgebung vorgegebenen Rahmenbedingungen nicht realistisch. Der Regierungsrat hat aber der Solothurner Spitäler AG (soH) im Rahmen der Globalbudgetperiode 2006-2008 Sparvorgaben mitgegeben, die im Rahmen der Leistungsvereinbarung konkretisiert worden sind.

8. Dezember 2004: Wirksame Tabakprävention (Überparteilich)

Der Regierungsrat wird beauftragt, Massnahmen zu prüfen und gegebenenfalls dem Kantonsrat zu unterbreiten, die eine ganzheitliche Tabakprävention sicherstellen. Im Mittelpunkt der Tabakprävention sollen dabei der Jugendschutz und der Schutz der Nichtraucher stehen. Im Besonderen sollen folgende Massnahmen geprüft und allenfalls umgesetzt werden:

- Abgabeverbot von Tabakwaren für Jugendliche unter 16 Jahren
- Verstärkung der Präventionsarbeit an den Schulen
- Schutz vor dem Passivrauchen in öffentlichen Räumen
- Werbeeinschränkungen für Tabakwaren im öffentlichen Raum

Unerledigt.

Der Auftrag soll mit einer Änderung des Gesundheitsgesetzes erfüllt werden. Das öffentliche Vernehmlassungsverfahren wurde mit RRB Nr. 2005/2462 vom 29. November 2005 beschlossen.

Der Vernehmlassungsentwurf enthält alle Massnahmen, die für eine wirksame Tabakprävention erforderlich sind. Botschaft und Entwurf sind für 2006 geplant.

25. Januar 2005: *Theorieprüfung nur noch in den Amtssprachen
(Chantal Stucki, CVP)*

Der Regierungsrat wird eingeladen, die Theorieprüfung für Anwärter und Anwärterinnen auf einen Führerschein im Kanton Solothurn nur noch in den Amtssprachen und allenfalls in Englisch anzubieten.

Unerledigt.

Der Regierungsrat wird Mitte 2006 über die Prüfungssprachen entscheiden, falls auf dieses Datum hin keine eidgenössische Regelung vorliegt.

26. Januar 2005: *Theoretische Fahrprüfung in den Landessprachen plus Englisch
(Fraktion SVP)*

Der Regierungsrat wird aufgefordert, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten mit dem Ziel, dass die theoretischen Fahrprüfungen im Kanton Solothurn inskünftig nur noch in den vier Landessprachen plus Englisch angeboten werden.

Unerledigt.

Der Regierungsrat wird Mitte 2006 über die Prüfungssprachen entscheiden, falls auf dieses Datum hin keine eidgenössische Regelung vorliegt.

6.5. Motionen

17. Dezember 2003: *Sicherheitszentrum für renitente Asylbewerber (Fraktion FdP/JL)*

Der Regierungsrat wird ersucht, eine Vorlage zur Realisierung eines Sicherheitszentrums für renitente Asylbewerber auszuarbeiten, welches entweder vom Kanton Solothurn allein oder zusammen mit anderen Kantonen erstellt und betrieben wird.

Unerledigt.

Eine vom Regierungsrat eingesetzte Arbeitsgruppe, der Vertreter und Vertreterinnen sämtlicher Fraktionen angehörten, kam zum Schluss auf eine Weiterverfolgung dieses Anliegens zu verzichten. Zum einen besteht aufgrund der gegenwärtigen Entwicklung keine Notwendigkeit mehr; zum andern stehen die mutmasslichen Kosten in keinem Verhältnis zum Ertrag bzw. Nutzen. Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 2005/480 vom 22. Februar 2005 beschlossen, auf ein Sicherheitszentrum für verhaltensauffällige und unkooperative Asylsuchende zu verzichten. Auch die Absicht, sich an einem Sicherheitszentrum für verhaltensauffällige und unkooperative Asylsuchende eines anderen Kantons zu beteiligen, musste fallengelassen werden, weil die Nachbarkantone ein solches Zentrum nicht schaffen wollen. Es wäre daher sinnvoll, den Vorstoss unerledigt abzuschreiben.

2. November 2004: Schaffung gesetzlicher Grundlagen um Szenenbildungen zu verhindern / Änderung des Kantonspolizeigesetzes (Robert Gerber, FdP)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei vorzulegen, welche eine griffigere gesetzliche Grundlage für das Fernhalten und das Wegweisen von Personen im öffentlichen Raum enthält und so den heutigen Anforderungen gerecht zu werden vermag.

Unerledigt.

Die Vernehmlassung zur entsprechenden Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei ist für 2006 geplant.

3. November 2004: Vermummungsverbot (Überparteilich)

Der Regierungsrat wird beauftragt ein generelles Vermummungsverbot auf Gesetzesstufe inklusive den entsprechenden Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Unerledigt.

Die Vernehmlassung zur entsprechenden Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei ist für 2006 geplant.

6.6. Postulate

15. September 1999: Gesetzliche Verankerung der Hilfe und Pflege zu Hause (Ida Waldner, SP)

Die Hilfe und Pflege zu Hause „Spitex“ ist im Sozialgesetz zu verankern.

Unerledigt

Die Forderung ist im Entwurf zu einem neuen Sozialgesetz aufgenommen worden (vgl. RRB Nr. 2005/1617 vom 12. Juli 2005). Neben den Bewilligungsvoraussetzungen und Finanzierungsvorgaben sind auch Rahmenbestimmungen über das Basisangebot und die Basisqualität vorgesehen.

26. März 2002: Jugend im Sozialgesetz (Fraktion SP)

Der Regierungsrat wird beauftragt, im neuen kantonalen Sozialgesetz Rahmenrichtlinien betreffend Jugendarbeit, Jugendpartizipation und Jugendkultur als Jugendförderung und Jugendschutz aufzunehmen. Diese Rahmenrichtlinien sollen die erwarteten Leistungen der Gemeinden, sowie klar formulierte Leitziele für eine kantonale Jugendpolitik enthalten, aber auch die Koordination und das Bereitstellen von Fachwissen durch den Kanton gewährleisten.

Unerledigt.

Die Forderung ist im Entwurf zu einem neuen Sozialgesetz aufgenommen worden (vgl. RRB Nr. 2005/1617 vom 12. Juli 2005). Die Formulierungen sind mit der kantonalen Fachkommission Jugend abgesprochen.

7. Mai 2003: Alterspolitik – eine Zukunftsaufgabe (überparteilich)

Der Regierungsrat wird beauftragt, Grundlagen für eine umfassende Alterspolitik zu schaffen indem er

- dem Rat Ziele und Rahmenbedingungen für eine umfassende kantonale Alterspolitik vorlegt.
- in Ergänzung zur Alters- und Pflegeheimplanung den Bedarf und das Grundangebot der ambulanten Versorgung definiert.
- gemeinsam mit den Gemeinden die Finanzierung des ambulanten Angebots im Hinblick auf den Neuen Finanzausgleich klar regelt.
- die Gesundheitsförderung und Prävention der Pflegebedürftigkeit im Alter als flankierende Massnahmen festschreibt.
- den Einbezug der kantonalen Organisation für das Alter in der Altersarbeit verankert.

Ein Altersleitbild soll klare Ziele für eine kohärente Alterspolitik beinhalten, die Koordination mit den Aufgaben der Gemeinden und die fachliche Begleitung durch den Kanton gewährleisten.

Unerledigt.

Die Forderung wird im Rahmen der im Jahre 2006 zu überarbeitenden „Heimplanung 2010“ aufgenommen. Die Heimplanung wird im Rahmen der allgemeinen Sozialplanung zum Teilbereich „Alter“ erweitert und 2006 dem Kantonsrat vorgelegt. Im Entwurf zu einem neuen Sozialgesetz wurde ausdrücklich ein Modul „Alter“ aufgenommen (vgl. RRB Nr. 2005/1617 vom 12. Juli 2005). Sowohl der Bereich Alter als auch das Leistungsfeld Pflegeheime bleiben aber Sache der Einwohnergemeinden.

17. Juni 2003: Behinderte dürfen nicht zu kurz kommen. Revision der rechtlichen Grundlagen im Behindertenbereich (Beatrice Heim, SP)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für den Bereich der Behinderten-Institutionen zu revidieren mit dem Ziel

- Leitziele und Bedarfsplanung für den Behindertenbereich wie für den sozialpädagogischen Bereich festzuschreiben
- Richtlinien und Qualitätskriterien für die finanzielle Leistungsabgeltung festzulegen und die Finanzierung der Institutionen zu sichern
- Die Integration von Menschen mit Behinderungen zu fördern
- Im Kinder- und Jugendbereich die heilpädagogische Früherziehung und die sozialpädagogische Förderung zu regeln. Der heilpädagogische Stütz- und Förderunterricht ist auch für entwicklungsgefährdete Kinder und Jugendliche, welche Behinderungskriterien gemäss IV-Verordnung nicht erfüllen, sicherzustellen.

Unerledigt.

Die Forderung ist im Entwurf zu einem neuen Sozialgesetz aufgenommen worden (vgl. RRB Nr. 2005/1617 vom 12. Juli 2005) und wird im Rahmen der Umsetzung NFA soziale Sicherheit weiterverfolgt.

22. Juni 2004: *Sicherheit im Strassenverkehr / Gleichbehandlung von Alkoholsünderinnen und -sündern und Drogenkonsumierenden (Robert Gerber, FdPI/L)*

Der Regierungsrat wird eingeladen, bei den Solothurner Polizeiorganen ein geeignetes, fronttaugliches Kontrollsystem einzuführen, damit Drogenkonsumierende im Strassenverkehr in gleicher Art wie Alkoholsünderinnen und -sünder angepackt werden können. Der Polizei an der Front soll eine Entscheidungshilfe zur Feststellung der Fahrfähigkeit zur Verfügung stehen.

Erledigt.

Seit dem 1.1.2005 werden die neuen gesetzlichen Bestimmungen mit den adäquaten Kontrollinstrumenten (kombinierte Alkohol- und Drogenkontrollen mit dem Drogentest Drug Wipe) umgesetzt.

8. Dezember 2004: *Steuerbefreiung für gasbetriebene Fahrzeuge (Alexander Kohli, FDP)*

Die Regierung wird aufgefordert, gasbetriebene Fahrzeuge von der Motorfahrzeugsteuer für die Dauer von 2005 bis 2015 zu befreien.

Unerledigt.

Diese Massnahme wird im Rahmen des Luftmassnahmenplanes 2000 (Stichwort: Oekologisierung der Motorfahrzeugsteuer) weiter verfolgt.

07. Volkswirtschaftsdepartement

7.1. Volksmotionen

7.2. Volksaufträge

7.3. Parlamentarische Initiativen

7.4. Aufträge

25. Juni 2003: *Änderung des Kinderzulagengesetzes (Claude Belart FdP, und Edi Baumgartner, CVP)*

Das Kinderzulagengesetz vom 20. Mai 1997 ist wie folgt zu ändern:

1. §2b ist zu streichen (§2c wird neu §2b).
2. Für im Ausland lebende Kinder besteht der volle Zulagenanspruch nur, wenn diese in einem Staat wohnen, mit dem die Schweiz durch ein Sozialversicherungsabkommen verbunden ist.
3. Der Zulagenersatz für Kinder im Ausland ist nach der Kaufkraft des betreffenden Landes abzustufen, d.h. die Berechnung hat nach dem Unterschied zwischen gesetzlichem Mindestansatz und kaufbereinigtem Ansatz zu erfolgen. Die Kinderzulage entspricht:
 - a) dem gesetzlichen Mindestansatz, wenn der Unterschied weniger als 25 % beträgt.
 - b) 75 % des gesetzlichen Mindestansatzes, wenn der Unterschied zwischen 25 und 50 % beträgt
 - c) 50 % des gesetzlichen Mindestansatzes, wenn der Unterschied mehr als 50 % und höchstens 75 % beträgt.
 - d) 25 % des Mindestansatzes, wenn der Unterschied mehr als 75 % beträgt.
 - e) Die Kinderzulage wird bis zum Ende des Monats, in dem das Kind das 16. Altersjahr vollendet, ausbezahlt.
 - f) Das zuständige Departement legt die Zulagenansätze jährlich fest.

Dieser Auftrag unterstützt die unerledigte Motion (Fraktion FdP) vom 1. Juli 1997.

Unerledigt.

Die Anliegen dieses Auftrags werden im neuen Sozialgesetz (Modul Kinderzulagen) behandelt. Der Regierungsrat hat am 12. Juli 2005 Botschaft und Entwurf mit RRB 2005/1617 zuhanden des Kantonsrats beschlossen. Die SOGEKO hat die Beratung des Gesetzesentwurfs aufgenommen.

28. Juni 2005: *Bilaterale Verhandlungen Kanton Solothurn / Kanton Bern – Lebensraum Jurasüdfuss*

Der Regierungsrat wird beauftragt, mit dem Kanton Bern Verhandlungen aufzunehmen, um für den Raum Biel, Lyss, Grenchen und Solothurn eine informelle Plattform als Koordinations- und Informationsdrehscheibe analog PASO aufzubauen.

Unerledigt.

Mit dem Kanton Bern wurden Verhandlungen aufgenommen. Gemeinsam werden für einzelne Gebiete staatlichen Handelns Dossiers zusammengestellt und mögliche Synergien aufgezeigt.

7.5. Motionen

22. Februar 1995: *Direktanweisung der Kinderzulagen (Beatrice Heim, SP)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, rechtliche Grundlagen zu schaffen, damit die Kinderzulagen geschiedener, getrennt lebender oder unverheirateter Arbeitnehmer von Gesetzes wegen direkt an die Obhutsberechtigten der Kinder angewiesen werden können. Dabei soll die Regel ausschliesslich Kinder, die in der Schweiz wohnen, betreffen.

Unerledigt.

Die Anliegen dieser Motion werden im neuen Sozialgesetz (Modul Kinderzulagen) behandelt. Der Regierungsrat hat am 12. Juli 2005 Botschaft und Entwurf mit RRB 2005/1617 zuhanden des Kantonsrats beschlossen. Die SOGEKO hat die Beratung des Gesetzesentwurfs aufgenommen.

1. Juli 1997: *Totalrevision des Kantonalen Kinderzulagengesetzes vom 20. Mai 1997 (Fraktion FDP)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, das gesamte Kinderzulagengesetz auf Zeit- und Zweckmässigkeit zu überprüfen. Insbesondere sollen

1. im Betrieb des Ehegatten mitarbeitende Partner nicht vom Anspruch auf Kinderzulagen ausgeschlossen werden (§ 2 lit. b ist zu streichen);
2. die Kinderzulagen für die in der Schweiz wohnhaften Ausländer mit Kindern im Heimatstaat der Kaufkraft des jeweiligen Landes angepasst werden.

Die gemäss Verwaltungsgerichtsurteil ungerechtfertigte, ungleiche Handhabung der Auszahlung von Kinderzulagen an im Betrieb des Ehegatten mitarbeitende Partner muss geändert werden. Es gibt keinen Grund, Angestellte von der Auszahlung der Kinderzulagen auszuschliessen, wenn diese einen nachweisbaren Lohn für ihre Tätigkeit erhalten, was mittels Lohnausweis kontrolliert werden kann. Kleine und mittlere Betriebe dürfen nicht für ihr Engagement im Bereich sicherer Arbeitsplätze bestraft werden.

Die Anpassung der Kinderzulagen für ausländische Arbeitnehmer mit Kindern in Heimatländern, mit denen die Schweiz ein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen hat, an die Kaufkraft im jeweiligen Heimatland, ist gerecht und zeitgemäss. Mit dieser Anpassung können finanzielle Mittel eingespart werden, ohne Arbeitnehmer zu benachteiligen. Die Massnahme ist sozial gerechtfertigt und mit einem vertretbaren administrativen Aufwand realisierbar.

Unerledigt.

Die Anliegen dieser Motion werden im neuen Sozialgesetz (Modul Kinderzulagen) behandelt. Der Regierungsrat hat am 12. Juli 2005 Botschaft und Entwurf mit RRB 2005/1617 zuhanden des Kantonsrats beschlossen. Die SOGEKO hat die Beratung des Gesetzesentwurfs aufgenommen.

9. Mai 2001: *Potenziell gefährliche Hunde (Georg Hasenfratz, SP)*

Der Regierungsrat schlägt dem Kantonsrat Massnahmen zum Schutz der Öffentlichkeit vor potenziell gefährlichen Hunden vor und unterbreitet dazu eine Revision des Gesetzes über das Hal-

ten von Hunden. Zu prüfen ist insbesondere eine Bewilligungspflicht analog der neuen Regelung im Kanton Basel-Stadt.

Die tragischen Vorfälle im vergangenen Sommer, bei denen in der Schweiz und in Deutschland Menschen verletzt und getötet wurden durch Angriffe sogenannter «Kampfhunde», haben einer breiten Öffentlichkeit die Gefährlichkeit von aggressiven Hunden bewusst werden lassen. In dieser Sache besteht Handlungsbedarf und es geht darum, die Öffentlichkeit möglichst wirksam vor potenziell gefährlichen Hunden zu schützen. Es ist klar, dass es keinen vollständigen Schutz vor derartigen Hunden geben kann. Der Gesetzgeber ist jedoch aufgerufen, durch geeignete Massnahmen zumindest das Risiko einer Gefährdung durch gefährliche Hunde zu verkleinern.

Die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren vom 10. November 2000 war sich einig, dass die Kantone (die entsprechende Kompetenz liegt bei ihnen) Gesetze erarbeiten sollen, die für die Haltung von gefährlichen Hunden notwendig sind. Diese Gesetzgebungsarbeiten sollen durch die Arbeitsgruppe von Bundes- und Kantonsvertretern koordiniert werden. Am 22. November hat der Bundesrat in seiner Antwort auf eine Interpellation von Nationalrat Studer bestätigt, dass der Bund Bestrebungen der Kantone unterstützt, Haltung und Zucht potenziell gefährlicher Hunde einer Bewilligungspflicht zu unterstellen. Der Kanton Basel-Stadt ist in dieser Richtung bereits aktiv geworden. Er hat sein bestehendes Hundegesetz durch eine entsprechende Bewilligungspflicht für potenziell gefährliche Hunde ergänzt.

Die mit diesem Vorstoss vom Regierungsrat verlangten Vorschläge für eine Gesetzesrevision sollen nach Möglichkeit mit der erwähnten Arbeitsgruppe koordiniert werden. Falls jedoch innert nützlicher Frist in dieser Arbeitsgruppe keine konkreten Ergebnisse erzielt werden, ist der Regierungsrat gehalten, dem Parlament trotzdem eigene geeignete Massnahmen vorzuschlagen.

Unerledigt.

Botschaft und Entwurf für eine Teilrevision des Hundegesetzes wurde im Dezember 2005 vor der Beratung im Kantonsrat zurückgezogen. Die Jahresplanung des Volkswirtschaftsdepartementes sieht vor, dass im 1. Quartal 2006 dem Regierungsrat eine überarbeitete Vorlage unterbreitet wird.

11. Mai 2004:

*Nationaler Übungstunnel für die ifa (Klus/Balsthal)
(Mike Vökt, SVP)*

Der Regierungsrat wird beauftragt, alle nötigen Schritte zu unternehmen, dass der nationale Katastrophen-Übungstunnel bei der ifa (Klus/Balsthal) zustande kommt.

Erledigt.

Der Bundesrat hat am 29. Juni 2005 entschieden, die Übungstunnelanlagen in Balsthal und Lungern zu erstellen. Die entsprechende Vertragsunterzeichnung zwischen dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) und dem Interkantonalen Feuerwehr-Ausbildungszentrum (ifa) erfolgte am 22. Dezember 2005.

7.6. Postulate

1. Juli 1998: *Vermehrte interkantonale Zusammenarbeit (Helen Gianola, FdPIJL)*

Der Regierungsrat wird eingeladen zu überprüfen und dem Kantonsrat einen Vorschlag zu unterbreiten

- welche Teile der kantonalen Verwaltung zusammen mit den Kantonen Basel-Landschaft, Aargau und/oder Bern ganz oder teilweise gemeinsam geführt werden können;
- welche Ämter und Dienstleistungen der genannten Kantone, über die Kantonsgrenzen hinaus benutzt werden und daher im eigenen oder andern Kanton aufgehoben werden können;
- welche Regelungen interkantonale für die Benutzung dieser Ämter geschaffen werden sollen und müssen;
- welche Kosten für die Umsetzung solcher Projekte anfallen;
- welche Einsparungen solche Projekte bringen können;
- innert welcher Frist solche Projekte realisiert werden können.

Unerledigt.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit kann nur Schritt für Schritt weiter entwickelt werden. Plattform dazu bieten die Regierungskonferenzen, insbesondere die Nordwestschweizer Regierungskonferenz mit den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Bern und Jura. Für den Raum Lyss, Biel, Grenchen und Solothurn wird jetzt, gemeinsam mit dem Kanton Bern, ein Projekt angegangen, in welchem mögliche Gebiete der Zusammenarbeit in Dossiers zusammengestellt und Synergien aufgezeigt werden sollen (vgl. dazu Auftrag Kohli vom 28. Juni 2005). Das Überprüfen vermehrter Zusammenarbeit mit unseren Nachbarkantonen ist für den Regierungsrat eine Daueraufgabe, welche fallweise angegangen wird.

3. November 1999: *Schwarzarbeit ernsthaft bekämpfen (Andreas Gasche, FdPIJL)*

Gemäss einer Studie des Schweizer Professors Friedrich Schneider von der Johannes Kepler Universität in Linz, hat sich der Anteil der Schwarzarbeit in der Schweiz in den letzten 23 Jahren von 3,2 % des BSP im Jahre 1975 auf 8 % des BSP im Jahre 1998 erhöht. In Geld ausgedrückt beläuft sich dies heute auf eine Summe von rund 20 Mia. Franken. 30 Mia. Franken werden in der Schweiz in die Schattenwirtschaft investiert. Auch der Kanton Solothurn ist von dieser Entwicklung betroffen. So sind wir als grenznaher Kanton immer wieder konfrontiert mit Arbeitskräften, die ohne Aufenthaltsbewilligung in gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufen ihren Einsatz leisten. Aber auch die «Samstagsarbeit», das heisst Arbeit, die von Arbeitnehmern ausserhalb der GAV-Vorschriften an Samstagen und zu späten Nachtzeiten verrichtet wird, konkurrenziert die Wirtschaft, die Sozialversicherungen erleiden dabei ebenfalls erhebliche Verluste.

Gemäss Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (Anag) Artikel 2 Absatz 1 brauchen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Unternehmen mit Sitz im Ausland bei der Einreise in die Schweiz zwecks Aufnahme einer Erwerbstätigkeit innerhalb von acht Tagen eine Bewilligung. Dadurch können ausländische Personen in der Schweiz gewisse Arbeiten ausführen, ohne dass sie vorher eine fremdenpolizeiliche Bewilligung einholen müssen. Diese Regelung gilt nicht für Arbeitnehmer von Firmen mit Sitz im Ausland, die für die Errichtungen von Bauwerken oder Anlagen vorübergehend in unserem Land eingesetzt werden. Konsequenz: Zunehmend arbeiten in der Schweiz Firmen aus dem nahen und entfernteren Ausland zu Dumping-Löhnen.

Die Acht-Tage-Regelung führt auch dazu, dass ganze Equipen nach acht Tagen ausgewechselt werden. Da diese Regelung noch gewisse Ausnahmen kennt, ist vor allem der Vollzug in den Kantonen ungenügend. Zu Diskussionen Anlass geben aber in diesem Zusammenhang die ungenügenden Kompetenzen der paritätischen Kommissionen.

Der Regierungsrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, Massnahmen zu ergreifen, um die Schwarzarbeit im Kanton Solothurn einzudämmen. Dabei sind einerseits die polizeilichen Instrumente wie Kontrollen und Strafen einzusetzen. Ebenso wichtig erscheinen uns die präventiven Instrumente wie Informationskampagne und Anreize.

Unerledigt.

Die geplante Koordinationsstelle «Schwarzarbeit» konnte nicht wie geplant per 1. Juli 2001 besetzt werden, da Drittmittel von mindestens 40 000 Franken pro Jahr von den Sozialpartnern nicht zugesichert wurden. Am 17. Juni 2005 haben die eidgenössischen Räte das Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA) beschlossen. Zur Zeit arbeitet der Bund die dazugehörige Vollzugsverordnung aus. Anschliessend können die kantonalen Einführungsbestimmungen erlassen werden. Die Jahresplanung des Volkswirtschaftsdepartements sieht vor, dass der Regierungsrat dem Kantonsrat im Herbst 2006 dazu Botschaft und Entwurf unterbreiten wird. Die Bekämpfung der Schwarzarbeit wird heute vorwiegend auf Hinweise hin sowie mittels Grossaktionen in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei betrieben. Im Rahmen des Abkommens mit der EU über die Gewährung der Personenfreizügigkeit traten per 1. Juni 2004 die flankierenden Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping in Kraft. Um die vom Entsendegesetz geforderten Kontrollen der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzunehmen, wurde im Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) eine Arbeitsmarktkontrollstelle geschaffen. Einzelne Teile des Postulates sind also bereits heute umgesetzt, allerdings wird es erst durch die Ausarbeitung und Umsetzung von kantonalen Einführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit vollständig erledigt sein.

9. Mai 2000:

Neue Rechtsform für die Ausgleichskasse und die IV-Stelle des Kantons Solothurn (Elisabeth Schibli, FdPIJL)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine neue Rechtsform der Ausgleichskasse des Kanton Solothurn und der IV-Stelle des Kanton Solothurn zu unterbreiten mit dem Ziel, dass die Aufgaben, die Kompetenzen und die Verantwortlichkeiten in diesen Organisationseinheiten optimal und effizient geregelt werden

Unerledigt.

Der Regierungsrat hat mit RRB 2005/2717 vom 20. Dezember 2005 von der Übersicht über die geleistete Arbeit im Rahmen der SO+-Massnahme Nr. 49, Prüfung der organisatorischen Zusammenfassung des Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsvollzugs, Kenntnis genommen und die Arbeitsgruppen Anlaufstellen und Case-Management-Stelle sowie den Steuerungsausschuss aufgelöst. Das Volkswirtschaftsdepartement wurde beauftragt, das Leitorgan zu bestimmen.

Im Rahmen der Behandlung des Entwurfs eines Sozialgesetzes durch die SOGEKO wurde hinsichtlich personalrechtlicher Kompetenzen des Verwaltungsrats der AKSO und IVSO wieder die bisherige Regelung gemäss geltendem EG AHV/V - SO (BGS 831.11) in den Gesetzesentwurf übernommen.

13. November 2002: *Tunnel für Übungen und Versuche im ifa-Areal Klus/Balsthal (Bernhard Stöckli, CVP)*

Der Regierungsrat wird ersucht, alles zu unternehmen, damit der geplante Übungstunnel im ifa-Areal in Klus/Balsthal realisiert wird.

Nach den verheerenden Unfällen im Montblanc-, Tauern- und Gotthard-Tunnel in den letzten Jahren wurde durch das ASTRA eine Tunnel-Task-Force eingesetzt mit der Aufgabe, die Anstrengungen auf dem Gebiet der Sicherheit in Strassen-Tunneln zu verstärken. Im Schlussbericht postulierte diese Task-Force unter der Massnahme 2.04 den Bau und die Bereitstellung eines Tunnels für Übungen und Versuche.

Ausgehend von diesem Schlussbericht und dem dazugehörigen Pflichtenheft hat das ASTRA das «Interkantonale Feuerwehr-Ausbildungszentrum der Kantone Basel-Landschaft und Solothurn» (ifa) eingeladen, eine Machbarkeitsstudie für ein solches Bauwerk am Standort Klus/Balsthal zu erarbeiten.

Diese Studie liegt nun vor und zeigt mit aller Deutlichkeit, dass der Standort Klus ideal wäre. Folgende Vorteile können u.a. aufgeführt werden:

- Die dazu nötige Infrastruktur ist bereits grösstenteils vorhanden.
- Das bereits gekaufte Land könnte dazu verwendet werden.
- Das Image des Kantons Solothurn würde aufgewertet (man spricht vom Kanton).
- Es würden Arbeitsplätze geschaffen.
- Es würde ein Bauvolumen von zwischen 50 und 100 Millionen generiert.
- Der notwendige Gleisanschluss ist bereits vorhanden. etc.

Neben dem ifa bewerben sich noch weitere Regionen, u.a. Sachseln und Flims, um dieses lukrative Bauvorhaben. Nachdem der Industrie- und Handelsverein Thal-Gäu-Bipperamt kürzlich eine eigene Task-Force unter der Leitung von Ständerat Rolf Büttiker gebildet hat, wird der Regierungsrat um aktive Mithilfe gebeten.

Erledigt.

Der Bundesrat hat am 29. Juni 2005 entschieden, die Übungstunnel-Anlagen in Balsthal und Lungern zu erstellen. Die entsprechende Vertragsunterzeichnung zwischen dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) und dem Interkantonalen Feuerwehr-Ausbildungszentrum (ifa) erfolgte am 22. Dezember 2005.

17. März 2004: *Kampf gegen die staatliche Bürokratie für Bürgerinnen und Bürger und KMU's (Fraktion CVP)*

Bürokratiebefreiung fördert Innovation und schafft Arbeit. Der Regierungsrat wird aufgefordert, zur Zielerreichung die Zusammenarbeit zu überprüfen:

1. Bürokratiebefreiung im Steuersystem

Für eine radikale Vereinfachung der Besteuerung von natürlichen und juristischen Personen: Das Ausfüllen einer einfachen Steuererklärung soll maximal eine Stunde Aufwand kosten. Die Steuererklärung muss so konzipiert sein, dass sie auch für Laien wieder verständlich wird.

- Vereinfachung bei den einzureichenden Belegen; Zusammenzüge statt Einzelbelege genügen; Stichproben müssen generelles Misstrauen ersetzen.
- Massive Reduktion der Anzahl und Komplexität der auszufüllenden Formulare.

- Bessere Verständlichkeit der Steuern für die Betroffenen (Steuerzahlende und involvierte Amtsstellen).
- Verzicht auf Vielfachbesteuerungen.
- Eliminierung von volkswirtschaftlich negativen Anreizen zur Steueroptimierung (z.B. Verschuldung).

2. Bürokratiebefreiung im Verkehr mit den Behörden

Für eine starke Vereinfachung des Verkehrs mit den Behörden auf eidgenössischer, kantonaler wie kommunaler Ebene. Der zeitliche und personelle Aufwand für die Erfüllung bürokratischer Auflagen ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Wir fordern vom Regierungsrat ein spürbares «Bürokratie-Entlastungsprogramm» das insbesondere folgende Bereiche umfasst:

- Die Abrechnungen mit den Sozialversicherungen sind für Unternehmen zu vereinfachen und zu automatisieren (elektronische Formulare, einfachere und kompatible Formulare)
- Abrechnungen mit den Sozialversicherungen, der Mehrwertsteuer und Steuererklärungen sind für die Unternehmungen in einem Schritt zu konzipieren: In einem Aufwisch sollen Jahresabschlussmeldungen, Mehrwertsteuerabrechnung und die Steuererklärungen einmal pro Jahr an eine Behörde elektronisch gemeldet werden können. Es ist ein eigentlicher «elektronischer Amtsschalter» für die KMU's zu schaffen. Der gesamte Formularbestand muss dort online abrufbar und ausfüllbar sein.
- Für den Verkehr mit den Behörden und das Ausfüllen von Formularen stellt die Verwaltung eine entsprechende, kompatible Standard-Software zur Verfügung. Es darf nicht sein, dass die Unternehmen selber komplizierte EDV-Lösungen entwickeln müssen, um die Bedürfnisse des Staates abzudecken. Durch diese Verpflichtung wird die Praxistauglichkeit von Verordnungen direkt verwaltungsintern getestet.
- Für die statistischen Erhebungen der öffentlichen Hand ist ein Datenpool zu errichten. Dieser muss für die verschiedenen Ämter zugänglich sein. Mehrfacherhebungen sind zu eliminieren.
- Die handelsrechtlichen Auflagen in Sachen Führung einer Buchhaltung sind einer Gesamtprüfung zu unterziehen und zu vereinfachen.
- Das Projekt des neuen Lohnausweises, welcher die Administrativlasten weiter steigert, ist abzubrechen.
- Im Zusammenhang mit der Lehrlingsausbildung sind bestehende Gebühren abzuschaffen und administrative Auflagen zu überprüfen, z.B. Abschaffung von Gebühren für die Ausstellung der Lehrlingsbewilligung, Gebühren für die Genehmigung der Lehrverträge, Gebühren für Teil- und Lehrabschlussprüfungen.
- Gesetze und Verordnungen sind zwingend vor Inkraftsetzung auf ihre KMU-Verträglichkeit zu prüfen.

Unerledigt.

Mit RRB Nr. 2004/1539 vom 6. Juli 2004 wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche dem Regierungsrat einen Bericht abzugeben hat. Darin hat diese Arbeitsgruppe Handlungsfelder zu orten und den Handlungsbedarf darzustellen sowie darauf aufbauend aufzuzeigen, mit welchen Instrumenten auf welcher Ebene Änderungen vorzunehmen resp. zu beantragen sind, um Bürgerinnen und Bürger sowie KMU's von staatlicher Bürokratie zu entlasten. Die Arbeitsgruppe hat ihren Bericht am 6. Juni 2005 dem Regierungsrat abgegeben. Die Jahresplanung des Volkswirtschaftsdepartements sieht vor, dass dazu im 1. Halbjahr 2006 eine Stellungnahme des Regierungsrates ausgearbeitet wird.